

b unabhängige **auernstimme**



Welche Struktur der Landwirtschaft wollen wir? Bäuerlich, nachhaltig oder rationalisiert, industriell, Wessen Leitbild setzt sich durch? Ein Landesminister in Interview



Wieviel Tierwohl wird bezahlt, von Verbrauchern, der Brancheninitiative, dem Markt? Zumindest die gesetzmäßigkeiten des Marktes zeigen sich gerade bei der Milch



Europa hat die Entscheidung zur Gentechnikfreiheit mit Opt-Out an die Länder zurück gegeben. Die suchen jetzt nach Lösungen zur nationalen Umsetzung.

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Foto: Herzog

Brutales Geschäft



Die Seite 3

„Interesse an Art der Lebensmittelerzeugung wächst“ 3



Agrarpolitik

Bei der Hofabgabeklausel wird Politik persönlich 4

Tierwohlinitiative überzeichnet 5

Die wirtschaftliche Lage der Betriebe 18



Bewegung

Wohin mit all den Böhnchen 6

Perspektiven GVO-freier Fütterung 8

„Die Marke Bayern hat Strahlkraft“ 9

Veganer würden Käfer fahren 10

„Zunächst bei sich selber beginnen: Was will ich?“ 19

„Eigenes aufgeben und sich auf Neues einlassen können.“ ... 19



Schwerpunkt

Nach dem Ende der Quoten 11

Hochleistungszucht ist eine Einbahnstraße 12

Für Milch mit bäuerlichen Qualitäten 13

Wenn das Ende zum Anfang wird 14

Bäuerliche Milchviehhaltung als wertvoller Werbeaspekt. 14



Nachbau

Durch den Anhänger am Sack ist dieser nicht zu 15

Fruchtbare Kontakte nach England 15

Weitere Themen

Solidarische Landwirtschaft, Seite 19; zu Besuch bei Reinhard Nagel, Seite 20; Junge AbL, Seite 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Der Milchmarkt brennt!

Die Hiobsbotschaften vom Milchmarkt reißen nicht ab. Auf der internationalen Handelsplattform für Milchprodukte Global Dairy Trade sind die Preise zum fünften Mal in Folge gesunken und liegen jetzt auf dem Niveau von August 2009. Zur Erinnerung: Das war auf dem Höhepunkt der Milchkrise! Die Aussichten am Weltmarkt sind trübe, alle Blümenträume auf einen Exportboom nach dem Quotenende sind sehr schnell geplatzt. Die Milchmenge, die international nicht mehr abgesetzt werden kann, drückt auf den heimischen Markt und ermöglichte es den Handelsketten bei den letzten Preisverhandlungen für die so genannte „Weiße Linie“, Preisrückgänge von vier bis fünf Cent pro Liter durchzusetzen. Milchexperten des Bauernverbandes zetern über die bösen Discounter, die rücksichtslos ihre Marktmacht ausnutzen. Kein Wort gegen die Molkeereien, die die Milch ja schließlich so billig anbieten!

Gemeinsam haben Bauernverband und Milchindustrie und die sie unterstützende Politik alles dafür getan, dass es nach dem Auslaufen der Quote keine wirksamen Regulierungsmöglichkeiten mehr gibt. Deshalb tragen sie auch die Verantwortung für die jetzige Krisensituation. Mangelnde Nachfrage auf dem Weltmarkt und schlechte Abschlüsse im Inlandsgeschäft werden in den kommenden Monaten erst richtig auf die Auszahlungspreise durchschlagen. Viele Kollegen wollen es noch nicht wahrhaben, aber wir sind mitten in der nächsten Krise! Dabei zeigt sich wieder einmal: Die großen, exportorientierten Genossenschaftsmolkereien, die mit ihrer Abnahmegarantie und dem Gerede von den Chancen auf dem Weltmarkt die Produktion richtig angeheizt haben, geben die Risiken und Mindererlöse ihrer Politik voll an die Milchbauern weiter. Sie bauen ihre Imperien auf den Gräbern der bäuerlichen Betriebe. In aller Deutlichkeit sagt das Dr. Schwaiger, der Vorstandsvorsitzende der größten deutschen Molkerei DMK.

Auf die Frage, warum seine Molkerei so schlecht auszahlt, antwortet er wörtlich: „Allerdings ist der Milchpreis nur EIN Aspekt, der die Leistungsfähigkeit einer Molkerei definiert. Hinzu kommen noch die Investitionen sowie der Gewinn inklusive der Eigenkapital-Entwicklung. Und hier ist das DMK sehr gut aufgestellt.“ Logisch: Die beste Möglichkeit, die eigenen Gewinne zu steigern und die Investitionen für die Weltmarktproduktion zu leisten, ist der schlechte Auszahlungspreis für die eigenen Lieferanten, immerhin die Eigentümer des Unternehmens! Weiter kann man den Genossenschaftsgedanken nicht pervertieren. Und es funktioniert, einfach weil Molkereien wie DMK durch Fusionen, wie jetzt wieder mit der holländischen DOC Kaas, jede Konkurrenz und jeden Wettbewerb um die Rohmilch ausschalten. Es bilden sich faktisch Monopole, und wenn die Milchbauern keine Möglichkeit zum Molkereiwechsel mehr haben, müssen sie den schlechten Milchpreis zähneknirschend akzeptieren. Wenn dann noch ein DBV-„Milchpräsident“ Udo Folgart eine Leuchtturmmolkerei mit bis zu 40 % Marktanteil als Ziel des Bauernverbandes vorgibt, müsste jedem klar werden, wessen Interessen hier vertreten werden. Uns Milchbauern bleibt neben dem Einsatz für Kriseninstrumente nur die weitere Bündelung als Gegenmittel. Die Unterstützung der Erzeugergemeinschaft Nord-MEG durch die niedersächsische Landesregierung ist hier ein kleiner Hoffnungsschimmer, aber die Möglichkeit zum Zusammenschluss muss unbedingt auf Lieferanten von Genossenschaftsmolkereien ausgedehnt werden, und dann müssen viel mehr Milcherzeuger diese Möglichkeit auch nutzen, ganz nach dem Motto „Widerstand und Selbsthilfe“. Auch die Erzeugung und Vermarktung besonderer Qualitäten ist ein Mittel für uns, mehr Einfluss auf Menge und Preis zu erreichen: Wir müssen uns mehr beschäftigen mit Weidemilch, gentechnikfreier Milch, Biomilch und anderem mehr. Niemand außer den Milchbauern selbst hat ein Interesse an kostendeckenden Milchpreisen.

Ottmar Ilchmann,
Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

„Interesse an Art der Lebensmittelerzeugung wächst“

Sachsen-Anhalts Landwirtschaftsminister Hermann Onko Aeikens (CDU) macht als erster ein Agrarstrukturgesetz

Unabhängige Bauernstimme: Die Abl lobt Sie für Ihre Eckpunkte für ein neues Agrarstrukturgesetz in Sachsen-Anhalt, kritisiert aber auch, dass es noch nicht streng genug ist: Die Betriebsgrößenschwelle sei mit 1.150 Hektar, ab der die Genehmigungspflicht für Anteilsübertragungen einzusetzen soll, zu hoch, die Prüfkriterien noch zu weich. Wie geht es weiter?

Hermann Onko Aeikens: Die Gesetzesvorlage wird demnächst im Kabinett behandelt, wir haben Anpassungen vorgenommen. Es gab Kritik, dass die Grenzen zu hoch, Kritik, dass sie zu niedrig seien. Daraus haben wir die Konsequenz gezogen zu differenzieren zwischen Eigentum und Pachtland. Wir werden uns die genauer anschauen, die schon über 1.000 Hektar Eigentum besitzen oder mehr als 50 % des Landes in einer Gemarkung bewirtschaften und expandieren wollen. Der Anteilskauf ist die eine Maßnahme, mit der sich externe Investoren Eintritt in die Landwirtschaft verschaffen; das sehen wir auch – oder sogar noch mehr als in Sachsen-Anhalt – in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Was wir nicht möchten ist, dass Landwirtschaft in Hände gerät, die nichts damit zu tun haben. Das ist eine Frage der Wertschöpfung in der Region, der Steuern aber auch der Akzeptanz. Wir wollen, dass die Leute hier Landwirtschaft machen, die etwas davon verstehen. Zudem wollen wir keine Konzentration, sondern einen funktionierenden Bodenmarkt, der sich nicht auszeichnet durch Dominanz, sondern dadurch, dass jeder die Chance hat zu kaufen und zu verkaufen.

Der Bauernverband übt die Kritik, der Genehmigungsvorbehalt für Anteilsverkäufe gehe zu weit, es sei ein zu großer Eingriff ins Privateigentum, alle Betriebe unabhängig von ihrer Größe hätten ihre Berechtigung, man wolle kein agrarpolitisches Leitbild.

Auch das bestehende Recht greift beispielsweise mit der Ausübung des Vorkaufsrechts im Grundstücksverkehrsgesetz in den Bodenmarkt ein. Wir haben eher ein ganz anderes Thema: Wir bekommen allmählich vor den juristischen Instanzen bis hin zum Bundesgerichtshof Legitimationsprobleme, weil die Nichterfassung von Anteilsverkäufen zu einer Aushöhlung des Grundstücksverkehrsrechts führen kann.

Und was ist mit dem agrarpolitischen Leitbild?

In der Gesetzesvorlage, die ins Kabinett gehen wird, steht drin, wie wir uns Landwirtschaft vorstellen: umwelt- und ökonomische Aspekte integrierend, verbunden mit dem ländlichen Raum, verbunden mit dem Ort.

Wenn die Ortsverbundenheit ein Kriterium ist, was ist dann mit den Neueinsteigern in die Landwirtschaft?

Die haben wir im Blick und verhandeln gerade mit unserer Investitionsbank, wie man ihnen einen Einstieg in vorhandene Unternehmen, aber auch Neugründungen erleichtern kann, beispielsweise durch Bürgschaften, günstige Kredite. Solche Investitionshilfen müssen das Agrarstrukturgesetz flankieren.

Was ist mit der Forderung des Bauernverbandes, Genossen und Gesellschafter mit Bauern beim Grundstücksverkehr gleichzustellen?

Es ist nicht nachvollziehbar, dass Leute, die in landwirtschaftlichen Unternehmen Verantwortung tragen, nicht auch im Sinne des Grundstücksverkehrsrechts aktiv werden können, sofern sie denn eine entsprechende Ausbildung haben und im landwirtschaftlichen Rahmen tätig sind.

Sie wollten die agrarstrukturelle Entwicklung noch stärker in die Hand nehmen und von der BVVG das restliche Land in Bundeseigentum kaufen und nach eigenem Gusto in die Landwirtschaft geben. Der Bund hat abgelehnt, was hätten Sie anders gemacht als die BVVG?

Der Bund ist bereit, mit uns über Veränderungen in der Vergabep Praxis zu sprechen, die Verlängerung der Privatisierungslaufzeit, kleinere Losgrößen, Kriterien für die beschränkte Ausschreibung. So hatte unser Ansinnen also doch einen gewissen positiven Effekt, wenn die BVVG ihr Verhalten entsprechend ändert. Wobei man bei der beschränkten Ausschreibung noch genauer hinsehen muss, wie man wirksame Kriterien ermittelt. Bislang gab es auf solche Ausschreibungen relativ wenig Resonanz.

Der BVVG wurde in der Vergangenheit neben Preistreiberei und wettbewerbschädigenden Losgrößen vorgeworfen, intransparent und dann häu-

fig zu Gunsten großer Betriebe zu handeln. Wurde damit nicht auch jahrelang die Struktur konserviert, die Sie nun kritisieren?

Das wird sehr unterschiedlich beurteilt. Es gibt auch die Kritik, die BVVG sei zu transparent, weil sie ihre Zahlen veröffentlicht. Eine so umfängliche Privatisierung eines Sektors ist nicht so einfach umzusetzen. Wenn ich mir persönlich das eine oder andere hätte anders vorstellen können, ist das eine Sache; es hat schon auch Gründe, warum wir das als Land gerne übernehmen wollten. Auch verwaltungstechnische Synergieeffekte hätten dafür gesprochen, schließlich vergeben wir von unserer Landgesellschaft auch Land, es wäre alles in einer Hand gewesen.



Minister mit Leitbild: Hermann Onko Aeikens
Foto: mlu

Auch mit der EU-Agrarreform hätte man agrarstrukturell wirksam werden können durch die maßgeblich von den ostdeutschen Bundesländern abgelehnte Kappung der Direktzahlungen. Gerade in Sachsen-Anhalt auf den Sabneböden der Republik sind die EU-Subventionen doch für durchrationalisierte, intensiv wirtschaftende Ackerbaubetriebe der Aufschlag oberhalb eines auskömmlichen Betriebsinkommens, oder?

Das ist ein sehr sensibles Thema. Die neuen Bundesländer hätten bei der Kappung viel Geld gelassen, das wäre dem ländlichen Raum hier verloren gegangen. Im langfristigen Vergleich ist die wirtschaftliche Situation der Betriebe auch nicht so, dass man auf die Transferleistungen verzichten könnte.

Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik.

Sachsen-Anhalt ist auch das Land mit Riesenställen und Straathof, was wird daraus?

Tierhaltung muss im Einklang mit dem Tierschutzgesetz stattfinden. Das, was wir dort in den Ställen vorgefunden haben, musste Konsequenzen nach sich ziehen. Schon als Signal an die Tierhaltung, dass die Administration nicht bereit ist, Verstöße gegen das Tierschutzgesetz zu tolerieren. Das ist auch ein Beitrag zu mehr Akzeptanz einer Branche, die in der Hinsicht gerade Schwierigkeiten hat. Im Lichte der Ereignisse haben wir ein Sonderkontrollprogramm aufgelegt, in dem speziell sauenhaltende Betriebe nun zusätzlich geprüft werden.

Im Zusammenhang mit Maßnahmen gegen Missstände in der Tierhaltung wurden auch – zum Beispiel von Ministerkollegen von Ihnen – Tierbestandsobergrenzen ins Gespräch gebracht. Was sagen Sie?

Eigentlich müsste es aus Sicht des Schweins oder Huhns ja egal sein, wie viele Nachbarn mit im Stall stehen, aber den Menschen in den Anlagen, bei denen wir tierschutzrelevante Verstöße vorgefunden haben, war offenbar die Übersicht verloren gegangen. Es mag sein, dass es in großen Dimensionen schwieriger ist, noch dem letzten Tier gerecht zu werden. Allerdings hat mir noch keiner gesagt, wie solche Obergrenzen rechtssicher zu etablieren wären.

Ihr grüner Ministerkollege Robert Habeck aus Schleswig-Holstein bringt sich gerade für Bundesämter ins Gespräch, trotz oder wegen des Themas Agrarpolitik?

Ich habe Herrn Habeck nicht zu seinen Motiven befragt, aber wenn Sie mich fragen, ob Agrarpolitik an Bedeutung in der Gesellschaft gewonnen hat, kann ich nur sagen, die Frage, wie Lebensmittel erzeugt werden, hat heutzutage einen anderen Stellenwert als noch vor etlichen Jahren. Vor 20 Jahren wurde Tierhaltung nicht hinterfragt. Auch wenn das Interesse der Verbraucher nicht immer mit der Bereitschaft korrespondiert, mehr Geld dafür auszugeben. Aber der Stellenwert landwirtschaftlicher Themen in der Bevölkerung ist eindeutig nach oben gegangen.

Vielen Dank für das Gespräch!

Bei der Hofabgabeklausel wird Politik persönlich

Tauziehen um strukturpolitisches Instrument bringt Reförmchen statt klare Kante

Zur immer wieder heftig umstrittenen Hofabgabeklausel (HAK) bei der Alterssicherung der Landwirte (AdL) haben die Regierungsparteien nach Gesprächen im März verlauten lassen, dass sie sich einigen konnten, wie dieses politische Instrument innerhalb des Agrarsozialsystems umgestaltet werden soll. Vorgesehen sind Änderungen bei einzelnen Elementen; die Verpflichtung zur Hofabgabe, um Rente beziehen zu können, bliebe an sich bestehen (siehe auch Seite 24). Noch vor der Sommerpause soll aus einem ersten Eckpunktepapier ein Gesetzesentwurf entstehen. Die Klausel steht in der Kritik, weil sie einen Spagat verursacht und die soziale Absicherung an die Beförderung des Strukturwandels knüpft. Schon 1979 hatte der Wissenschaftliche Beirat des Bundeslandwirtschaftsministeriums sie als „unvertretbare Enteignung von Rentenansprüchen“ gerügt.

Schärfen statt abschaffen?

Die Hoffnungen bei Gegnern der Hofabgabeverpflichtung war groß, dass die politische Lage es zur Zeit möglich macht, dieses Instrument ganz abzuschaffen. Denn die SPD, allen voran ihr Agrarsprecher Wilhelm Priesmeier, hatte im Vorfeld erklärt, für eine Abschaffung zu streiten. Allerdings hatte die CDU/CSU-Fraktion genau dies stets vehement abgelehnt. So zeigte sich dann auch Marlene Mortler, Agrarsprecherin der CSU-Landesgruppe, zufrieden mit dem Ergebnis und betonte auf eine Anfrage der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Bayern ihr Anliegen: „Ziel ist es, die agrarstrukturelle Wirkung der Hofabgabeklausel zu erhalten und weiter zu schärfen, soziale Härten der Regelung aber wirkungsvoller auszuschließen, als dies bisher gelingt.“ Nach Auffassung des Arbeitskreises (AK) zur Abschaffung der Hofabgabeklausel beinhaltet das Eckpunktepapier „viel ‘heisse Luft’ und wenig Neues“. Als ein wichtiger Aspekt war festgehalten worden, dass die Rente eines Betriebsleiters bei Abgabe an den Ehegatten zukünftig nicht mehr nur befristet gewährt wird, bis dieser ebenfalls im Rentenalter und zur Hofabgabe aufgefordert ist. Dies scheint jedoch nicht so sehr eine Errungenschaft der politischen Verhandlungen zu sein, sondern eine Notwendigkeit, auf die nach Informationen des AK der Vizepräsident des



Stehen in Berlin immer wieder auf der Matte: Mitglieder des Arbeitskreises zur Abschaffung der Hofabgabeklausel

Foto: AK

Bundessozialgerichts (BGH) Prof. Rainer Schlegel während der Koalitions-sprache hingewiesen hatte: Ein einmal erteilter Rentenbescheid kann nicht wieder entzogen werden.

Widerstand vorprogrammiert

Sowohl der AK als auch die AbL fordern eine komplette Abschaffung, denn alles andere sorge für Unklarheit und neue Ungerechtigkeit, wenn nur einem Teil der Landwirte je nach familiärer und betrieblicher Situation die Möglichkeit eröffnet wird, die Klausel zu umgehen. Außerdem bemerkte Andrea Eiter, Geschäftsführerin der AbL Bayern ganz grundsätzlich: „Es kann doch nicht sein, dass sozialpolitische Instrumente für das Anheizen des Strukturwandels missbraucht werden und auch noch den Bodenmarkt-Pachtwahnsinn unterstützen sollen.“ Auf Anfragen der AbL an Agrarminister der Bundesländer haben mehrere betont, den bekannt gewordenen Kompromiss nicht zu unterstützen, sondern sich über den Bundesrat für eine Abschaffung der HAK einsetzen zu wollen – darunter die grün geführten Häuser sowie Thüringens linke Agrarministerin Birgit Keller. Bayerns Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) gab keine Auskunft über seine Position. Allerdings handelt es sich um kein vom Bundesrat zustimmungspflichtiges Gesetzgebungsverfahren; das heißt, es geht zunächst um eine Stellungnahme aus den Ländern und nur bei großer Unstimmigkeit um die An-

rufung eines Vermittlungsausschusses. Aber es wird deutlich, dass die Diskussionen um die HAK konträr geführt werden und nun wieder auf verschiedenen Ebenen an Fahrt gewinnen. Doch warum ist dieses politische Instrument so hart umkämpft?

Symbolcharakter

Zum einen sorgt die persönliche Betroffenheit bei den Gegnern für besonders heftige Ablehnungsreaktionen. Die HAK wird als Ungerechtigkeit und als Betrug um eingezahlte Rentenbeiträge empfunden. Außerdem stellt sie einen Eingriff in Entscheidungen dar, was privates Eigentum – den Hof – angeht. Einzelne Änderungen können persönlichen Bedürfnissen einiger entgegenkommen, verhindern aber nicht die Benachteiligung anderer. Vor allem

aber gibt der Umgang mit der Hofabgabeklausel Aufschluss über das politische Hauptaugenmerk, da sie die Wachstumsorientierung und den Strukturwandel fördert. Eine Abschaffung käme einem Wandel in der Denkweise und einem deutlichen Zeichen gleich, politisch den Erhalt der Betriebe in den Vordergrund zu stellen. Dazu braucht es neben mehr Angeboten und Beratung für Hofübergaben in aktuellen Zusammenhängen, z. B. auch an außerfamiliäre Nachfolger, vor allem insgesamt günstige agrarpolitische Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Perspektive bäuerlicher, vielfältiger Betriebe. Denn diese können und wollen beim Wettbewerb um Kostenführerschaft, „Economies of scale“ und Externalisierung von Kosten nicht mithalten. *cw*

Hofabgabe und Strukturwandel

Die Hofabgabeklausel ist seit Einführung der AdL 1957 der agrarstrukturell steuernde Bestandteil in der landwirtschaftlichen Rentenpflichtversicherung. Hauptziel war es, eine frühzeitige Hofübergabe an die nächste Generation durchzusetzen. Mittlerweile wird offen geäußert, insbesondere von Vertretern der Landjugend, dass es darum geht, Flächen für das Betriebswachstum auf dem Bodenmarkt verfügbar zu machen. Auch im Eckpunktepapier aus den Gesprächen der Koalitionspartner ist von der wichtigen Rolle der Hofabgabeverpflichtung für die Mobilisierung von Flächen die Rede. Denn mehr als 50 Prozent der BetriebsleiterInnen über 55 Jahre haben heute keinen sicheren Nachfolger für die Weiterbewirtschaftung des Hofes, sodass keine Übergabe im Sinne der eigenständigen Weiterführung in Aussicht ist. Ein nicht unerheblicher Teil solcher Betriebsleiter würde den Hof im Rentenalter zumindest so lange gern selbst weiterbewirtschaften und erhalten, wie es ihnen möglich ist – bekommt in diesem Fall aber zur Zeit keine Rente aus der landwirtschaftlichen Alterskasse oder muss sich eines Schlupfloches zur Umgehung bedienen. *cw*

Tierwohlnitiative überzeichnet

Neben mehr Geld fehlen auch Visionen für eine zukünftige Tierhaltung

Die Branchenlösung „Initiative Tierwohl“, bei der die teilnehmenden Einzelhandelsketten seit dem 1. Januar 2015 für jedes verkaufte Kilo Fleisch und Wurst vier Cent in einen Fonds einzahlen, erlebt große Nachfrage. 4.653 Tierhalter mit rund 25,5 Millionen Tieren haben sich registrieren lassen. Zu viele! Zu wenig Geld ist im Fonds. Zunächst werden nur 2.142 schweinehaltende Betriebe zur Auditierung für die Initiative Tierwohl zugelassen, so dass insgesamt 12.030.514 Tiere von den Tierwohl-Maßnahmen profitieren könnten. Die restlichen Betriebe, also über die Hälfte, stehen auf Wartelisten. Dass so viele Landwirte bereit sind, an der Initiative teilzunehmen, war überraschend. Immerhin müssen die Betriebe, damit sie im Auditierungsverfahren bestehen, zur Finanzierung der Stallumbauten in Vorleistung gehen. Besonders nachteilig ist dies für die 2.511 Betriebe auf der Warteliste.

Langer Vorlauf

Schon 2010 hat der damalige niedersächsische Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) das Arbeitsprogramm „Tierschutzplan Niedersachsen“ auf den Weg gebracht. Selbst aktiv werden und nicht Vorgaben der Politik hinterherlaufen, das war eine der Motivationen bei der Entwicklung der Initiative Tierwohl. Aus dem Fonds werden die Tierwohlverbesserungen in den Ställen der teilnehmenden Bauern bezahlt. Eine getrennte Erfassung, Verarbeitung und Auslobung im Laden ist nicht angestrebt. „Der Kunde würde, wenn er die Wahl hat, doch wieder zum günstigeren Produkt greifen“, ist sich Dr. Karl Heinz Tölle, Leiter des Geschäftsbereichs Projektmanagement Agrarpolitik und Marktstruktur bei der Interessenvertretung der Schweinehalter in Deutschland e.V., (ISN) sicher. Die ISN fordert, den Fonds aufzustocken: „Wanted – mehr Geld für Tierwohl“. Gezielt spricht sie einzelne Unternehmen, Ikea und Volkswagen, McDonalds und Burger King an, sich ebenfalls am Tierwohlfonds zu beteiligen. „Hi McDonalds, gibt's euren Bacon auch mit extra Tierwohl ... und warum macht ihr noch nicht mit?“

Kleine Schritte

Betrachtet man sich allerdings die Maßnahmen, die neben den Pflichtkriterien ausgewählt wurden, so wird deutlich, dass die Landwirte durchaus vorsichtig vorgegangen sind. Besonders häufig gewählte Wahlpflicht- und Wahlkriterien in der Schweinemast sind „zusätzliches organisches Beschäftigungsmaterial“, also ein Eimer mit Stroh

oder Heu, „zehn Prozent mehr Platz“ und „Saufen aus offener Fläche“. Ganz ähnlich ist es bei der Ferkelhaltung: „zusätzliches organisches Beschäftigungsmaterial“, „ständigen Zugang zu Raufutter in der Gruppenhaltung“, „Bereitstellung von organischem Nestbaumaterial“ und „zehn Prozent mehr Platz“ sind hier die am häufigsten gewählten Kriterien. Ob diese Schritte ausreichen, um der Tierhaltung in einem immer engeren Markt und bei wachsender Kritik aus der Öffentlichkeit eine Zukunft zu sichern, bleibt offen und wird auch von den Interessenverbänden nicht beantwortet. „Wir brauchen belastbare Antworten für eine Vielzahl von Fragestellungen“, sagt Dr. Torsten Staack, Geschäftsführer der ISN auf deren Homepage und nennt von Tierwohl und Nachhaltigkeit bis hin zu bedenklichen Konzentrationserscheinungen auf der Abnehmerseite einige besonders brisante Themen.

Weiterentwicklung

Die Tierwohlnitiative hatte einen guten Start. Die Anzahl der teilnehmenden Landwirte ist überzeugend. Wohin aber wird sich das Projekt entwickeln? Wird es langfristig Betriebe mit und ohne höhere Tierwohlstandards geben? Wird es einem mündigen Verbraucher langfristig zu vermitteln sein, dass er zwar mehr Tierwohl bezahlt, aber das Fleisch als solches in der Theke nicht kenntlich ist? Ist es zu vermitteln, dass Tierwohl zum Wahlkriterium wird, oder müsste es nicht zum Standard der guten fachlichen Praxis werden? Wenn die Tierwohlnitiative nicht nur eine Beruhigungsspiel für Handel und Verbraucher sein soll, die sich in wenigen Monaten oder Jahren langsam wieder aus den Kühltheken schleicht, dann gilt es, sie jetzt auszugestalten und weiter zu entwickeln. Wie sollen die Ställe der Zukunft aussehen, wie viel Platz pro Tier, wie viel Auslauf? Im Gespräch mit Vertretern der Branche bekommt man schnell den Eindruck, dass die bestehende Praxis noch immer als optimal betrachtet wird. Das spiegeln auch die Zahlen und die Art der aktuell beantragten neuen Ställe wider. Sie alle folgen dem bisherigen Modell mit hoher Intensität, geregelter Belüftung, Vollspalten, ohne Auslauf und Möglichkeit zum Einstreuen. Aber auch die Strukturen, immer stärkere Abhängigkeiten und zunehmende Vorgaben der Abnehmer setzen die Landwirte unter Druck und müssten geändert werden. Ein pauschaler Verweis auf die Macht der Märkte ist Zeugnis der Resignation oder von Verbandsfunktionären bewusst genutztes Argument, um Konzentrationsprozesse weiter voranzutreiben. ////

US-Senat gegen GVO Kennzeichnung

In den weiteren Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP stehen Entscheidungen zum Umgang mit gentechnisch veränderten (gv) Produkten an, z.B. zu Anbauerlaubnissen und Importzulassungen. Baden-Württembergs Landwirtschafts- und Verbraucherschutzminister Alexander Bonde äußerte sich besorgt, dass der US-Senat in der letzten Maiwoche darauf drängte, ungerechtfertigte Handelsbarrieren abzuschaffen – beispielsweise die Kennzeichnung von Biotechnologieprodukten. „Dass der US-Senat nun alles daran setzt, die Gentechnik-Kennzeichnung in Europa zu kippen, ist ein alarmierendes Signal“, meint Bonde und fordert „von der EU-Kommission und von der Bundesregierung klare Ansagen und eine unverhandelbare Position gegen Agro-Gentechnik und für Verbraucherschutzrechte“. Der Senat hatte dem US-Präsidenten Barack Obama die umstrittene Sondervollmacht zur Aushandlung des Abkommens (Trade Promotion Authority) zugewilligt, die das Verfahren beschleunigt und Änderungsanträge des Kongresses, der sich aus Senat und Repräsentantenhaus zusammensetzt, ausschließt. cw

Antibiotika: Thema der Industrienationen

Erst Mitte März ist von der Bundesregierung eine Neufassung der Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie (DART 2020) verabschiedet worden, die u. a. auf eine stärkere Zusammenarbeit von Tier- und Humanmedizinern setzt statt auf gegenseitige Schuldzuweisung. Im Rahmen des G7-Gipfels führender Industrienationen ging es Anfang Juni unter deutscher Präsidentschaft ebenfalls um ein koordiniertes Vorgehen zur Vermeidung von Antibiotikaresistenzen. Bundeskanzlerin Angela Merkel will mit den G7-Ländern gemeinsame Standards erreichen, die auch landwirtschaftliche Aspekte betreffen, z. B. den Verzicht auf den Einsatz von Antibiotika als Mastleistungsförderer und auf eine Verschreibungspflicht in der Tierhaltung. Im April 2014 war mit der eindringlichen Warnung vor einer „Ära nach den Antibiotika, in der gewöhnliche Infektionen und kleinere Verletzungen, die jahrzehntelang heilbar waren, wieder töten können“ der erste weltweite Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Thema Antibiotikaresistenzen vorgestellt worden. Interessante „Begleiterscheinung“: Pharmaunternehmen wie Bayer versprachen sich schon im Vorfeld des G7-Gipfels Milliardenfonds zur Entwicklung neuer Antibiotika. cw

US-Agrarindustrie

Die Agrarindustrialisierung auch der Milchviehhaltung in den USA zeigt sich an folgenden Daten des US-Agrarzensus 2012: Demnach stammen 30 % der US-Milch mittlerweile von 575 Milchvieh-Agrarfabriken mit mehr als 2.500 Kühen, weitere 21 % von Farmen mit 1.000 bis 2.500 Kühen. Die 35.228 Milchbauern mit Kuhzahlen unter 100 Tieren liefern nur noch 14 % der US-Milch. Von den insgesamt 66 Millionen US-Schweine-Stallplätzen entfielen auf 4.718 Agrarfabriken mit 2.000 bis 5.000 Tierplätzen knapp 15 Millionen und auf 3.006 Agrarfabriken mit mehr als 5.000 Plätzen knapp 45 Millionen Tierplätze. Der größte Teil der Schweinehaltung liegt in der Hand von Agrarkonzernen – entweder direkt in Eigenbetrieben oder über Vertragsmast. en



Tierwohlintikator Ringelschwanz

Foto: Schievelbein

Wohin mit all den Böhnchen?

Wie bekommt man Leguminosen preiswürdig gehandelt?

Schiefes Ökolicht

Nach wie vor wird die Ökoreform in der EU heiß debattiert, jüngst auf dem informellen Agrarrat im lettischen Riga. „Bioprodukte dürfen Pestizide enthalten“ titelt die Frankfurter Allgemeine Zeitung und erklärt ihr Unverständnis der ablehnenden Haltung deutscher Ökolandbauvertreter und Politiker gegenüber der geplanten Einführung von Pestizid-Rückstandskontrollen in Bioprodukten durch die EU-Kommission. Es wirkt so, als wollten deutsche Biobauern etwas verbergen, als seien sie wenn überhaupt nur bereit, den Versuch zu unternehmen, pestizid-rückstandsfrei zu arbeiten, aber sich verweigerten, dies auch überprüfen zu lassen. Natürlich arbeiten Biobauern ohne Pestizide und in ihrer Ablehnung des EU-Kommissionsvorschlag drückt sich die Sorge aus, wirtschaftliche Schäden durch rückstandsbelastete Produkte tragen zu müssen, die durch die Fahrlässigkeit konventioneller Nachbarn verursacht wurde. Aber anstatt – von der Privatwirtschaft sowieso schon zunehmend durchgeführte – Rückstandskontrollen abzulehnen, müsste es doch darum gehen, durchzusetzen, dass die Verursacher der Rückstände – in den allermeisten Fällen sind das eben nicht die Öko-Anbauer – oder falls diese nicht zu ermitteln sind, die öffentliche Hand für den Schaden aufkommt. Letztere hätte auch nur dann eine echte Motivation die gesamte Landwirtschaft in Europa zu ökologisieren. cs

Die Futtererbsenanbaufläche hat sich deutschlandweit verdoppelt, im ganzen Land Niedersachsen überall Ackerbohnen und ein Feldtag zum Thema Leguminosen jagt den nächsten ... Was sich wie eine Idee grüner Ökoträumer anhört, ist 2015 Realität geworden. Das Greening trägt dazu einen großen Anteil bei und auch der gesamtgesellschaftliche Druck für eine andere Form von Landwirtschaft ist wichtig dafür, dass Bauern sich wieder dieser tollen Pflanzenfamilie zuwenden. Aber nachdem alles recht gut wächst und gedeiht, stellt sich die Frage, was passiert nach der Ernte ...?! Leider gibt es dazu noch keine zufrieden stellenden, eindeutig positiven Antworten.

Varmarkung am Anfang

Der Eindruck entsteht, dass viele Bauern sich noch nicht intensiv genug um ausreichende Trocknungs- und Lagerkapazitäten und die Endvermarktung kümmern. Wenn man erst in der Ernte mit dem Hänger voller nasser Erbsen beim Landhandel ankommt, ist es zu spät. Dann kann man froh sein, wenn die Trocknungskosten nicht den ganzen Ertrag auffressen. Der Erfassungshandel stellt sich teilweise auf Mengen ein, aber auch nicht überall wird freudestrahlend alles abgenommen und gut bezahlt werden, was Landwirte liefern möchten. Das größte Problem ist der Absatz heimischer Eiweißträger über die Futtermittelmischer. Sie verwenden lieber das altbe-

kannte Sojaschrot, als diesen neuen Produkten eine echte Chance zu geben. Gründe dafür sind z. B. die nicht unbedingt gleich bleibende Qualität der häufig eher kleineren Chargen, aber auch Bequemlichkeit und Routine. Ein Stück weit gilt das aber auch für die Bauern, die sich nun mit neuen Rationsberechnungen auseinander setzen müssten – egal ob sie ihre neu selbst angebauten Leguminosen an ihre eigenen Tiere verfüttern oder Zukaufmischungen mit heimischen Eiweißträgern bei ihren Tieren einsetzen möchten, weil sie raus aus der Soja-/Import-/Gentechfrage wollen.

Nutzen erkennen

Einem zu großen Angebot ohne nennenswerte Nachfrage kann nur durch Verknappung oder Ankurbelung des Marktes begegnet werden – so schreibt es das Ökonomielehrbuch. Eine Möglichkeit wäre die Erschließung neuer Absatzwege, weg vom Weg in die Futtermittelbranche, rein in die Technologieschiene oder die menschliche Ernährung. Der Veggieboom der Fleischfabrikanten wie der Rügenwalder Mühle lässt grüßen. Ein „Beimischungszwang“ wie beim Biosprit wäre eine Option, mehr Leguminosen in die Futtertröge zu bekommen. Das wäre ein weit reichender ordnungspolitischer Eingriff, den sicher nicht jeder mit Begeisterung aufnehmen würde. Er hätte aber gleich mehrere positive ökologische Auswirkungen und würde sehr preisstabilisierend wirken. Was könnte

Leguminosen-Feldtage

am 11.6 Biohof Bakenhus zum Thema Schweinefütterung;
am 25.6 Gut Hörne/Betrieb Halter zum Thema Ackerbohnen/Marktfrucht;
am 2.7. bei Ralph Wildung zum Thema Legehennenfütterung.
Mehr Infos unter www.eiweissfutteraus-niedersachsen.de

man nicht alles mit den ach so ökologisch vor Ort gewachsenen Rohstoffen anfangen, anstatt die Ressourcen anderer Länder auszubeuten. Der Verbraucher muss allerdings bereit sein, für ein tierisches Endprodukt, gefüttert mit heimischem Futter, mehr Geld hinzulegen. Weil es nur billig sein sollte, hatte sich der Handel Ende der 80er Jahre von den Leguminosen verabschiedet; nun gibt es im ganzen Land Initiativen, die versuchen, sie wieder zurückzuholen. Denn Leguminosen können mehrere Probleme gleichzeitig lösen: Sie bereichern enge Fruchtfolgen und wirken sich positiv auf die Pflanzengesundheit aus, sie stellen der Folgefrucht gebundenen Luftstickstoff zur Verfügung und sie ermöglichen eben die regionale Versorgung der Tierhaltung mit Eiweißfuttermitteln.

Beispiele sind zu sehen bei den EFN-Feldtagen.

Anika Berner,
Eiweissfuttermittel aus Niedersachsen



Doppelt so viele Erbsen auf deutschen Äckern

Foto: Stephan/BLE

EU ermöglicht bundesweite Gentechnik-Anbauverbote

Der Jurist Prof. Winter sieht gute Gründe für rechtssichere bundesweite Verbote

Prof. Dr. Gerd Winter ist der Leiter der Forschungsstelle für Europäisches Umweltrecht der Universität Bremen. Aktuell befasst er sich mit der Problematik der Umsetzung der EU-Opt-out-Richtlinie in das deutsche Gentechnikgesetz.



Prof. Dr. Gerd Winter Foto: Uni Bremen

ckende Beschränkungen und Verbote ausdrücklich. Bedingung dafür ist, dass entsprechende Gründe vorhanden sind.

Auf der Ebene des deutschen Verfassungsrechts stellt sich die Frage, wer zuständig ist. 2010 hat das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die Regelung der Gentechnik eine Bundeskompetenz sei. Daran würde es vermutlich auch in einem neuen Rechtsstreit festhalten. Soweit bundesweite Maßnahmen begründbar sind, hat der Bund auch die Kompetenz, auf Grundlage des Gesetzes Verordnungen mit Anbauregelungen zu erlassen. Ich denke, dass durch eine bundesweite Regelung größere Rechtssicherheit entsteht, weil die Vielzahl von Rechtsstreitigkeiten, die bei unterschiedlichen regionalen Maßnahmen zu erwarten wären, vermieden werden könnten.

Es braucht aber Verbotgründe, die bundesweit tragen. Gibt es die?

Ja, es gibt Gründe, die sogar eigentlich ausschließlich durch bundesweite Maßnahmen umgesetzt werden können. Das sind insbesondere umweltpolitische, agrarpolitische, sozio-ökonomische und ethische Gründe.

Was sind mögliche umweltpolitische Gründe?

Viele sind denkbar, aber sie dürfen nicht in Widerspruch zu dem stehen, was in der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) der Europäischen Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) im Rahmen der Zulassung abgearbeitet worden ist. Die UVP ist ein Instrument der wissenschaftlichen fachlichen Untersuchung von Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt. Aber jenseits dieser fachlichen Prognose gibt es weitere Gesichtspunkte, die eher politisch wertenden Charakter haben. Sie werden in der UVP manchmal mit angesprochen, entziehen sich aber exakter wissenschaftlicher Untersuchungen, weil sie sich auf mittelbare, langfristige und komplex vernetzte Auswirkungen in Ökosystemen beziehen. Insoweit eröffnet die Opt-out-Richtlinie einen Ermessensspielraum für die Mitgliedstaaten, vorsorglicher vorzugehen als die Kommission und den Anbau zu beschränken oder zu verbieten.

Was können sozio-ökonomische und agrarpolitische Gründe sein?

Zu den sozio-ökonomischen Grün-

den gehören insbesondere die erheblichen Kosten, die durch den Anbau von Gentechnik und die deshalb notwendige Koexistenzpolitik entstehen würden, in der ganzen Kette vom Anbau über die Verarbeitung und den Handel bis zum Endverbraucher. Die Bundesrepublik kann zur Vermeidung dieser volkswirtschaftlichen Kosten entscheiden, dass gentechnisch verändertes Saatgut, welches diese Kosten verursacht, nicht angebaut werden soll.

Ein legitimer sozio-ökonomischer Grund wäre es auch, wenn der Nutzen, den die gentechnische Modifikation mit sich bringen soll, so gering ist, dass er die verbleibenden ökologischen Risiken nicht aufwiegt.

Ein agrarpolitischer Grund wäre, den Trend zur Industrialisierung der Landwirtschaft aufzuhalten und stattdessen die bäuerliche und biologische Landwirtschaft zu fördern. Wenn gezeigt werden kann, dass gentechnisch verändertes Saatgut zur Ausbreitung von Monokulturen beiträgt, kann sich die Bundesregierung für ein Anbauverbot entscheiden. Auch die bäuerliche Landwirtschaft hat eine sozio-ökonomische Dimension: Neben der Produktionsweise geht es auch um die Beschäftigung von Arbeitskräften, die Lebendigkeit des Dorfes, regionales Handwerk und Vermarktung.

Was ist mit dem Verbraucherwunsch?

Die Wahlfreiheit der Verbraucher zu bewahren ist ein weiterer sozio-ökonomischer Grund. Es gibt zwar die Kennzeichnung von Produkten als gentechnisch modifiziert, aber letzten Endes werden die Produktionsketten nicht rein getrennt werden können. Die Natur lässt sich nicht durch Wände unterteilen. Über kurz oder lang wird Gentechnikfreiheit deshalb nicht mehr möglich sein. Die Wahl des gentechnikfreien Produkts hat aber eine grundlegende Dimension und muss möglich bleiben.

Erfüllen diese Gründe die Anforderung der EU-Richtlinie, dass die Verbotgründe verhältnismäßig und nicht diskriminierend sein müssen?

Im Hinblick auf agrarpolitische Gründe, wie die Abkehr von der Industrialisierung der Landwirtschaft, könnte eingewendet werden, dass die konventionelle Landwirtschaft diesen Weg auch ohne den Beitrag der Gen-

technik gehe. Ein Anbauverbot für gentechnisch verändertes Saatgut sei deshalb gar nicht geeignet, das genannte Ziel zu erreichen. Dagegen ist einzuwenden, dass ein Teilbeitrag zur Ermöglichung bäuerlicher Landwirtschaft eben doch ein Beitrag ist. Es würde sich empfehlen, wenn die Bundesregierung ein Anbauverbot in ein Konzept eines allgemeinen Übergangs zu einer eher bäuerlichen oder biologischen Landwirtschaft einpassen würde. Dann könnte gesagt werden, dass das Anbauverbot einer unter mehreren Schritten ist. Zum Diskriminierungsverbot: Das sehe ich hier nicht gegeben, weil die Anbauregelungen ja sowohl inländische als auch ausländische Produkte betreffen und auch nicht einzelne Staaten diskriminiert werden.

Das BMEL mahnt, dass Konzerne oder Landwirte, die Gentechnik anbauen wollen, gegen ein Verbot klagen könnten, beispielsweise, weil ihre Berufsfreiheit oder ihr Eigentum eingeschränkt sein würde.

Man darf nicht immer nur die Grundrechte der Gentechnik anbauenden Landwirte und Saatguthersteller sehen, sondern muss auch die Grundrechte derer berücksichtigen, die durch GVO-Anbau betroffen wären, weil sie keine reinen gentechnikfreien Produkte mehr herstellen, verkaufen und kaufen können. In einem solchen Grundrechtskonflikt akzeptiert das Bundesverfassungsgericht immer einen großen Handlungsspielraum des Gesetzgebers und Ordnungsgebers. Der ist primär zuständig, in dem Konflikt einen Ausgleich zu suchen. Er kann sich dabei darauf stützen, dass die Opt-out-Richtlinie Anbauregelungen ermöglichen will. Also, ich sehe da kein großes Risiko einer gerichtlichen Überprüfung.

Vielen Dank für das Gespräch!

Annemarie Volling,
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft

Unabhängige Bauernstimme: Was ist das Ziel der neuen Opt-out-Richtlinie der EU und welche Möglichkeiten eröffnet sie den Mitgliedstaaten?

Prof. Winter: Mit der geänderten Richtlinie sucht die EU den Ausweg aus einem langen Streit zwischen den Gentechnik befürwortenden und ablehnenden Mitgliedstaaten, indem sie eine Unterschiedlichkeit von Anbauregelungen und Anbauverboten ermöglicht. Schon mit Einführung der Koexistenz-Regelungen wurde ein erster Schritt in diese Richtung getan. Opt-out ist eine „Radikalisierung“ bis hin zum Anbauverbot in einem ganzen Mitgliedstaat. Diese Pluralisierung muss ermöglicht und darf nicht unterlaufen werden.

Der Vorschlag des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) zur Umsetzung ins Gentechnik-Gesetz sieht vor, dass allein die Bundesländer Anbauverbote erlassen können sollen. Das BMEL behauptet, ein Verbot sei umso rechtssicherer, je regionaler es begründet wird. Teilen Sie diese Einschätzung?

Aus europarechtlicher Sicht ermöglicht die Opt-out-Richtlinie flächende-

Sommercamp-Flächen gesucht

Seit 2010 findet jährlich im Rheinland das Klimacamp statt. Das Camp bietet interessierten Menschen in Workshops und Vorträgen die Möglichkeit, sich über den Klimawandel und seine Folgen zu informieren und über Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. In diesem Jahr wird das Klimacamp mit der Degrowth-Sommerschule kombiniert. Es geht um die Frage, wie eine Wirtschaft aussehen kann, die nicht auf fossilen Energieträgern (wie bspw. Braunkohle) beruht und die allen Menschen einen Zugang zu einem guten Leben ermöglicht. Dazu sollen Vorträge, Podien und Kurse stattfinden, die sich mit dem Klimacamp sehr gut ergänzen. Das Klimacamp und die Sommerschule für mehr als 1.000 Menschen zu organisieren ist arbeits- und zeitintensiv. Unterstützung vor Ort wird gesucht, vor allem werden aber auch noch Flächen im Zeitraum vom 4.8.–20.8.2015 im Gebiet östlich/südöstlich von Erkelenz, Jüchen, Mönchengladbach-Süd gebraucht. Ideal wären 2-3 Hektar Wiese/Acker für das Camp. Kontakt: Ulli Wevers (ulli.wevers@gmx.de, 0170 3070 153) oder Felix Wittmann (f.wittmann@knoe.org, 0176 7863 3289).

Kastenstände

In Dänemark dürfen die Sauen ab 2015 nicht mehr während 50 % sondern nur noch während 20 % ihrer Lebenszeit in Kastenständen fixiert werden. Dies gilt für Neubauten und soll bis 2035 auf alle Ställe ausgedehnt werden. Agrarminister Jorgensen will so für Dänemark als Marktführer im Tierschutz auch ökonomische Vorteile erreichen. *en*

Futtermittel-Opt-out

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker versicherte im Rennen um sein Amt im vergangenen Jahr, den politischen Bedenken gentechnikkritischer Mitgliedstaaten stärker Rechnung tragen zu wollen. Dass er damit die Präsentation eines Opt-out-Vorschlages auch für Futtermittel gemeint haben könnte, entsprach eher nicht den Erwartungen der EU-Parlamentarier. Der Umweltausschuss des Europaparlaments will nun in einer Sondersitzung Anfang Juni von der EU-Kommission hören, warum sie in ihrem Vorschlag zur Änderung des Gentechnikrechts ausgerechnet auf die Möglichkeit nationaler Verwendungsverbote für transgene Lebens- und Futtermittel abzielt. Ein Bericht des parlamentarischen Rechtsdienstes hatte keine ernsthaften juristischen Bedenken hinsichtlich des Kommissionsansinnens geäußert. Vertreter der Agrarindustrie befürchteten eine Beeinträchtigung des Binnen- wie auch des Exportmarktes, sollten einzelne Mitgliedstaaten die Verfütterung von gentechnisch verändertem Soja und anderen Produkten untersagen. Entsprechend geäußert hat sich die Branchenorganisation Grain Club in einem Positionspapier. Sie kritisiert, dass ohne GVO-Sojaimporte weit weniger Tiere in Deutschland gehalten werden könnten, weil eine Versorgung mit heimischen Eiweißträgern nicht die Versorgung auf dem jetzigen Niveau gewährleisten würde und die strenge Null-Toleranzlösung kaum noch Sojaimporte ermöglichen würde. *cs*

Wie viel Artenschutz wollen wir uns leisten?

Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat seinen Artenschutzreport veröffentlicht und stellt fest, dass ein Drittel der Tier-, Pflanzen- und Pilzarten Deutschlands in ihrem Bestand gefährdet sind. Der Report wird als Grundlage für den Schutz der biologischen Vielfalt bezeichnet, weil er Gründe für Gefährdungen und Erfolge ausmacht. Ein Programm beinhaltet die zukünftigen Ansatzpunkte aus Sicht des BfN. Der Landwirtschaft wird einflussreiche Bedeutung zugemessen, weil sie Nutzer und Lebensraumgestalter auf einem Flächenanteil von bundesweit über 50 Prozent ist. Intensive Formen der Landbewirtschaftung werden vor diesem Hintergrund besonders kritisch gesehen: enge Fruchtfolgen, große Schläge, Entmischung von Nutzungsstrukturen, Meliorationsmaßnahmen wie die Entwässerung von Feuchtgrünland sowie hoher Düngemittelsatz mit Stickstoffüberschüssen. Positiv hervorgehoben werden sichtbare Erfolge beim Schutz einzelner Arten durch vertragliche, langfristig ausgerichtete und finanziell gut ausgestattete Konzepte wie z. B. Wiesenbrüterprogramme oder Ackerrandstreifenprojekte für Uferschnepfe, Braunkehlchen und Kornblume. *cw*

Perspektiven GVO-freier Fütterung

Auf der GMO-Free-Europe-Konferenz

Die verstärkte Ausdehnung der Anbaufläche für Sojabohnen in Europa erscheint dem Präsidenten des Vereins Donau Soja, Matthias Krön, sinnvoll und möglich. „Wir möchten aus der Sojabohne eine europäische Kultur machen. Soja soll Europa erobern“, sagte er auf der Konferenz GMO-Free Europe 2015. Sein Verein Donau Soja fördert den Anbau, die Verarbeitung und Vermarktung von GVO-freien Sojabohnen aus dem Donaunraum mit dem Ziel, eine gentechnikfreie Eiweißversorgung in Europa aufzubauen. In diesem Jahr wurde im Donaunraum 60 Prozent mehr Soja angebaut als 2011; das bedeutet über 950.000 ha und je nach Wetterlage ein Ertrag von ca. 3 Mio. Tonnen Sojabohnen – ohne die Produktion aus der Ukraine auf ca. 2 Mio ha. Die Ukraine alleine plant in den nächsten fünf Jahren die Verdoppelung der Sojaanbauflächen. In Rumänien wurde in diesem Jahr der Anbau im Vergleich zum Vorjahr um 50 % gesteigert. Matthias Krön ist überzeugt, dass mit der Konzentration des Sojabohnenanbaus die europäische Nachfrage nach 5 Mio. Tonnen GVO-freiem Soja bis zum Jahr 2020 gedeckt werden kann. Allerdings kann die gewaltige und rasante Zunahme der Sojafläche insbesondere in Osteuropa ohne Rücksicht auf die Umwelt und die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung zu dramatischen Fehlentwicklungen führen. Bereits regen sich Stimmen in Rumänien, die einen Anbau im agrarindustriellen Stil, auch von Ökosoja, als Gewinnabschöpfung ausländischer Investoren auf Kosten der bäuerlichen Landwirtschaft vor Ort kritisieren.

Brasilien oder ...

Für die Schließung der Eiweißlücke in Europa bieten sich der verstärkte Anbau von heimischen Leguminosen einerseits und der Import konventioneller Sojabohnen aus GVO-freien Regionen andererseits an. Brasilien ist Vorreiter hinsichtlich des Anbaus von GVO-freien Sojabohnen und investiert seit vier Jahren in die Entwicklung konventioneller Sorten. Allein im Bundesland Mato Grosso soll dieses Jahr der Anbau von GVO-freien Sojabohnen ca. 1 Mio. ha erreichen. Augusto Freire, Präsident der ProTerra Foundation, verkündete auf der GMO-Free-Eu-

rope-Konferenz, dass kommendes Jahr 5 Mio. Tonnen zertifizierte GVO-freie Sojabohnen aus Brasilien geliefert werden können. „GVO-Sojasorten sind im Vergleich mit den konventionellen Sorten anfälliger gegenüber Nematodenbefall und das Wurzelsystem bleibt unterentwickelt.“

... Barsinghausen?

Potential für eine nachhaltige Eiweißversorgung liegt in Mitteleuropa in der Diversifizierung der Fruchtfolge mit dem Anbau verschiedener heimischer und regionaler Leguminosen. Das AbL-Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ in NRW zeigte im Rahmen der GMO-Free-Europe-Konferenz Möglichkeiten der sojafreien Fütterung auf. Klarzustellen galt es aber auch, dass die volle Anbauwürdigkeit von Körnerleguminosen erst dann gegeben ist, wenn die Abnahme und die Verwendung geregelt sind. Der Spezialfutterhersteller Curo im Münsterland hat offenbar den Zeitgeist erkannt: Er entwickelte eine Gemengtrennanlage, die die Trennung von Leguminosen und Getreide ermöglicht. Viele Landwirte bauen Körnerleguminosen eher im Gemenge als in Reinkultur an, weil die Ertragsicherheit bei zunehmenden Wetterextremen im Gemenge höher ist. Die Trennanlage bei Curo kann bis zu 5.000 Tonnen Gemenge pro Jahr aufbereiten. Der Leguminosenanteil beträgt zwischen 60 und 70 Prozent und wird von Curo für die Herstellung von Bio-Futtermischungen verwendet. Curo-Geschäftsführer Henning Krane hätte gerne noch mehr heimische Leguminosen aus konventionellem Anbau für entsprechende Futtermischungen. Im Rahmen des Konferenz-Workshops wurde auch über den neuen Verordnungsvorschlag der EU-Kommission diskutiert, mit dem die Mitgliedsstaaten gentechnisch veränderte Futtermittel in ihren Hoheitsgebieten verbieten können. Der grüne NRW-Staatssekretär Horst Becker nannte den Vorschlag der Kommission „giftig“, weil dieser nicht rechtssicher sei und deshalb ein leeres Versprechen.

*Luiz Massucati,
AbL-Projekt „Vom Acker in
den Futtertrog“ NRW*



Viel Austausch auf der GMO-free Europe Konferenz

Foto: Massucati

„Die Marke Bayern hat Strahlkraft“

Landwirtschaftsminister Brunner informierte bei der Landesversammlung der Landwirte im Nebenberuf

Wie alle Jahre zuvor kam auch heuer Landwirtschaftsminister Brunner Anfang April zur Jahreshauptversammlung des bayerischen Landesverbandes der Landwirte im Nebenberuf nach Schönberg im Bayerischen Wald. Der Landesvorsitzende Fuchs nutzte die Gelegenheit und trug dem Minister die Meinung des Verbandes zu verschiedenen Themen vor.

Gleich zu Beginn seiner Rede ging der Landesvorsitzende Karl Fuchs auf das geplante Freihandelsabkommen TTIP mit den USA ein. „Der Bauernverband befürwortet das Abkommen, weil er sich aufgrund der hohen deutschen Lebensmittelstandards gute Exportmöglichkeiten ausrechnet“, so Fuchs und kritisiert, dass das Abkommen vor allem Unternehmen wie Monsanto und anderen weltweit agierenden Agrarunternehmen die Möglichkeit eröffnet, ihre genveränderten Produkte auf den europäischen Markt bringen zu können.

Zur Entwicklung am Milchmarkt merkte Fuchs an: „Wir haben erneut mit einem Preisverfall zu kämpfen. Auf die Überlieferung durch die Milchbauern haben die Lebensmittelketten mit Preissenkung reagiert.“ Für die weitere Entwicklung nach dem Quotenende erwartet Fuchs einen Anstieg der Milchmenge und einen weiteren Preisverfall. „In der Schweiz wurde die Kontingentierung bereits 2009 aufgehoben, mit der Folge, dass der Milchpreis um 24 % gefallen ist und sich der Preis bis heute nicht auf die vorherige Ebene eingependelt hat.“

Hofabgabe kritisch betrachtet

Ein weiteres wichtiges Thema sind die Regelungen der landwirtschaftlichen Rentenversicherung LAK. „Die so genannte Bauernrente kann nur bekommen, wer seinen Betrieb mit 65 abgibt oder verpachtet“, erläuterte der Landesvorsitzende. Oftmals sei eine Übergabe dann noch nicht möglich. Bei jeder anderen Rente könne der Rentner unbegrenzt dazuverdienen. „Abgeordnete der SPD und der Grünen haben erneut einen Vorstoß gemacht, diesen sinnlosen Passus zu streichen. Die CDU/CSU hat dieses Vorhaben abgelehnt. Die Deutsche Landjugend, der Bauernverband, der Deutsche Landfrauenverband und der Meister- und Meisterinnenverband sind die großen Hetzer, die wollen doch nur schnell an billigen Pachtgrund herankommen“,

stellte Fuchs fest. „Der Agrarpolitische Sprecher der SPD Priesmeier hat einen neuen Vorschlag gemacht und wäre mit einer Rentenkürzung bei Nichtübergabe einverstanden. Ich finde das eine Einmischung in die innersten Familienangelegenheiten“, kritisierte Fuchs.

Erfreuliche Entwicklungen

Endlich steht das neue Kulturlandschaftsprogramm (KULAP). Nachdem zwei Jahre lang die Verträge nur verlängert wurden, konnten endlich bei der EU die neuen Kriterien ausgehandelt werden. 70.000 KULAP-Verträge liefen zum Jahresende aus. Beim neuen KULAP gibt es 26 verschiedene Maßnahmen und auch Kombinationen, die gefördert werden. Bis 2020 stehen dafür 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Bei der Direktzahlung wurden die ersten Hektare besser gestellt. „Unsere jahrelangen Forderungen wurden somit wenigstens teilweise berücksichtigt“, so der Landesvorsitzende. Minister Brunner habe sich dafür bei mehreren Besuchen in Brüssel stark gemacht.

Ebenso wurde die Zuschussgrenze für Investitionen herabgesetzt, sodass auch kleinere Maßnahmen der Nebenerwerbslandwirte bezuschusst werden können.

Ministerieller Besuch

Im Anschluss trat der bayerische Landwirtschaftsminister Brunner ans Mikrofon. „Die Marke Bayern hat

Strahlkraft“, so der Minister. 2014 habe Bayern Agrargüter im Gesamtwert von 8,8 Milliarden Euro exportiert und das trotz des Russlandembargos. Mit Blick auf das TTIP-Freihandelsabkommen unterstrich er, dass die hohen Produktions- und Verbraucherschutzstandards nicht verhandelbar seien. „Wir sollten allerdings die Chancen, die es für die Landwirtschaft und die gesamte Wirtschaft bietet, nicht aus den Augen verlieren“, so Brunner. Ein neues Kapitel in der Milchproduktion wurde mit dem Auslaufen der Milchquotenregelung aufgeschlagen. Hier versprach Brunner die Milcherzeuger zu unterstützen.

Eindeutig die Position des Ministers zur Hofabgabeklausel: Der Bund zahlt sehr hohe Zuschüsse und ist deswegen darauf bedacht, dass die Betriebe rechtzeitig an die nachfolgende Generation übergeben werden.

„Der Agrarstandort Bayern punktet mit guten Erzeugerbedingungen, einer hervorragenden Infrastruktur und gut funktionierenden Wertschöpfungsketten“, so Brunner. „Eines steht für mich unverrückbar fest: Mit dem Bayerischen Weg haben wir das richtige Konzept. Wir setzen auf die bäuerlichen Familienbetriebe, auf Ausbildung und Kreativität. Jeder unserer Betriebe soll unabhängig von Größe und Ausrichtung Zukunftschancen haben, das bringt Vielfalt und Stabilität. Bayern ist stolz darauf, dass rund

60.000 Betriebe, das sind 55 % der bayerischen Landwirte, im Nebenerwerb wirtschaften, auf diesem Weg zusätzliches Einkommen erzielen und gleichzeitig knapp 30 % der Landesfläche in Kultur halten. Die Bedeutung der Nebenerwerbslandwirtschaft geht weit über ihren wirtschaftlichen und landeskulturellen Beitrag hinaus. Sie sind wichtige Botschafter der Landwirtschaft, die den Dialog mit dem Verbraucher aktiv gestalten.“ Für kleinere Investitionen sei ein eigenständiges Landesprogramm mit niedrigen Eingangsvoraussetzungen und mit einer Mindestinvestitionssumme von nur 5.000 Euro aufgelegt worden. Ökologische Vorrangflächen sind nur von Betrieben mit mehr als 15 Hektar Ackerbau oder weniger als 75 % Grünland zu erbringen. Auch käme der Aufschlag auf die ersten Hektare bei den EU-Direktzahlungen besonders den Nebenerwerbslandwirten zugute.

Wie ernst auch den Nebenerwerbslandwirten der Schutz von Boden und Wasser sei, zeigten die bislang eingegangenen 43.000 Anträge für das neue KULAP. „Ich halte an dem Ziel der flächendeckenden Landbewirtschaftung fest, auch wenn immer mehr Länder sich ganz oder teilweise aus der Ausgleichszulage zurückziehen“, so Brunner.

*Karl Fuchs,
Landesvorsitzender der Landwirte im
Nebenberuf*



Lebendige Dörfer brauchen viele bewirtschaftete Höfe

Foto: Dirscherl/pixelio

Veganer würden Käfer fahren

Der Bauernverband, die Autostadt und die Kampagne um Landwirtschaft

Volkswagens Autostadt steckt nun in einem gewissen Dilemma. Nachdem sie vom Bauernverband als „Vegan Warrior“ für ihre Darstellungen zur Landwirtschaft und deren Auswirkungen auf Umwelt und Gesundheit abgewatscht wurde und weitere Verbände und diverse Player aus Agrar- und Fleischindustrie sich in die Entrüstung einreihen, sich gar überboten im Betroffenheitsvokabular von „diskriminierend“ bis zu „entwürdigend“ oder gar „entehrend“, nahmen die VW-Kommunikatoren die kritisierten Inhalte von der Homepage. Das rief – nicht ganz so laut – die Gegner auf den Plan, welche nun der als Igemotor des Autobauers etablierten Erlebnislocation Autostadt vorwerfen, sie und damit auch der VW-Konzern knickten vor den Fleisch-Mogulen und der Agrarlobby ein. Die, allen voran Geflügelkonzern Rothkötter, hatten ihren umfangreichen VW-Fahrzeugpark erwähnt und gedroht, solange die Autostadt solche diskriminierenden Aussagen über die deutsche Landwirtschaft auf ihrer Homepage stehen habe, werde man keine Autos und LKWs mehr beim Mutterkonzern kaufen. Ansonsten steht in dem Brief von Rothkötter an VW-Vorstandschef Martin

Winterkorn nicht viel, jedenfalls erfolgt keine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Inhalten der Homepage der Autostadt.

Viel Kampagne

Das hatten die Interessenverbandsvertreter, allen voran der Bauernverband, in ihren Briefen immerhin gemacht, dabei wurde allerdings auch deutlich, dass es nur wenige inhaltliche Schnitzer zu kritisieren gibt. So enthält Milch in Deutschland weder künstliche Hormone, weil diese bei uns verboten sind, noch Medikamente oder Wurmkuren, da es vorgeschriebene Wartezeiten gibt. Aber ob die Landwirtschaft nun auf dem dritten oder fünften Rang der Liste der Immissionäre schädlicher Klimagase liegt, ist letztlich nicht wirklich relevant, das weiß auch der Bauernverband. Es geht ihm eben um etwas anderes. Er will keine Kritik am System der agrarindustriellen Massenproduktion und kein Aufzeigen alternativer Möglichkeiten.

Auswirkungen des Lebensstils

Die Autostadt in Wolfsburg verfolgt mit ihrem gastronomischen Konzept in zehn Restaurants mit 1.000 Plätzen schon seit mehr als zehn Jahren die



Es geht nicht um Brezeln, es geht um die Wurst

Foto: RudisFotoseite/pixelio

Idee, dem wachsenden Interesse der Verbraucher an Herkunft und Art der Erzeugung unserer Lebensmittel nachzukommen. Dafür stehen Kooperationen mit dem Bioland-Landesverband Niedersachsen, regionalen Erzeugern und Verarbeitern sowie ein saisonales Angebot auf der Speisekarte. Im Herbst 2014 wurde dieser Anspruch – öko, regional, saisonal – mit einem Dreiklang im Angebot der Gerichte aus vital (Fisch- und Fleischgerichten), vegetarisch und vegan kombiniert und das auf der Homepage kommuniziert. Ein Unternehmen, das sich als Kommunikationsplattform versteht, greift den Verbrauchertrend auf, sich mit den Auswirkungen seines Lebensstils und seines Essens auf Gesundheit und Umwelt auseinander zu setzen. Dazu ließ die Autostadt eine Agentur wissenschaftliche Studien sichten und auf ihre Homepage stellen. Diese problematisieren im Wesentlichen die eigentlich unstrittigen negativen Aspekte eines hohen Fleischkonsums aus nicht nachhaltiger Produktion.

Mutter und Tochter

Bauernverband und Fleischindustrie machten daraus in der Öffentlichkeit einen Feldzug für veganes Essen mit Verunglimpfung der Fleischerzeuger. Schillernde Blüten trieben daraus, medial wurde beispielsweise die Sorge formuliert, dass VW seinen Mitarbeitern nur noch veganes Essen in seinen Kantinen servieren wolle. Eine saubere Trennung zwischen Autobauer und Autostadt fand nicht mehr statt, des-

halb ja auch die Boykottaufrufe. Dabei liegt gerade hier ein Punkt, den man tatsächlich kritisieren könnte mit der Frage, warum denn die Autostadt zwar ein innovatives Konzept beim Essen verfolgt, die Mutter VW in ihrer konzern-eigenen Fleischerei aber Currywürste aus konventionellen Schweineställen verkauft (und, das betont gerade eine Plakatkampagne der Interessengemeinschaft der Schweinehalter, ISN, noch nicht einmal in den Finanztopf der Initiative Tierwohl einzahlt).

Diplomatie

Tobias Riepe, Leiter der Unternehmenskommunikation in der Autostadt, verweist auf die Trennung von Mutter und Kind. Die Autostadt habe keinen Einfluss auf das, was VW mache. Er betont aber auch, dass man das, was man in der Autostadt in den vergangenen Jahren aufgebaut habe, nicht ändern werde, nur weil man die Homepage nun abgeschaltet habe. Es sei darum gegangen, so Riepe, Ruhe in die aufgeheizte Atmosphäre zu bringen und in einen Dialog mit dem Bauernverband einzusteigen. „Wir haben da offensichtlich ein Thema angestoßen, was die Leute bewegt“, konstatiert Riepe. „Es entspricht nicht unserem Verständnis als Kommunikationsplattform, irgendetwas im Hauruckverfahren durchzuziehen“, formuliert er diplomatisch, „von unserem gastronomischen Konzept rücken wir aber nicht ab.“

CS

Zigarette der Zukunft

Zwar gibt es auch Stimmen, die bereits das Ende des Trends sehen, weil er im Mainstream angekommen ist, aber Fakt ist nach wie vor, dass kein anderes Segment der Lebensmittelbranche so stark wächst wie der Anteil vegetarischer und veganer Lebensmittel. Ausgerechnet die Vertreter der klassischen Fleischindustrie entdecken diese neue Marktlücke für sich. Vorreiter war die Rügenwalder Mühle, inzwischen verkauft sie mehr abgepackte Veggiewurst als fleischliche Originale, 2,5 Mio. Packungen im Monat. Die Produktion läuft an der Kapazitätsgrenze. Das Geflügelimperium Wiesenhof bietet vegetarische und sogar vegane Snacks und Schnitzel an. Da kann Schlachtmogul Tönnies nun auch nicht mehr zurückstehen. Zur Anuga im Herbst sollen die übernommenen Unternehmen Nölke und die Mühlengruppe vegetarische bzw. vegane Produkte produzieren. Nölkes Gutfried wird dann vegetarische Mortadella und Fleischwurst anbieten. Solche Wurstimitate beinhalten meist Eiklar, „können“ also oft nur vegetarisch, nicht vegan. Außerdem enthalten sie häufig viele Aromen und Geschmacksstoffe. Aus gesundheitlichen und ökologischen Gründen sind solche aufwendig hoch verarbeiteten Produkte aus der Fakewurstabteilung nicht unbedingt das Gelbe vom Ei. Und wer aus Tierschutzgründen eine fleischlose Ernährung verfolgt, ist bei den Produkten der Fleischindustrie beim Wolf im Schafspelz gelandet, denn das Kerngeschäft ist bei allen nach wie vor ein anderes. Trotzdem: „Die Wurst ist die Zigarette der Zukunft“, ließ sich der Seniorchef der Rügenwalder Mühle Christian Rauffus im Interview zitieren, führt Tierwohl und hohen Ressourcenverbrauch der Fleischproduktion als Beweggründe für den Einstieg in den Veggiemarkt ein und sagt aber auch, dass die Entscheidung am Ende eine „kaufmännische“ war. Nach Angaben des Vegetarierbunds ernähren sich 7,8 Mio. Bundesbürger fleischlos, 900.000 verzichten gänzlich auf tierische Produkte. Interessant sind die Flexitarier: Eine wachsende Zahl von Menschen, laut Umfragen rund die Hälfte der Deutschen, verzichtet bewusst mehrfach pro Woche auf Fleisch.

CS

Die Milch macht's – und sorgt für Diskussionen, denn die Milchpreise sind so niedrig wie schon lange nicht mehr: AbL und BDM sagen, für einen stabil kostendeckenden Milchpreis müssen Marktregeln für eine Mengensteuerung her. Fair, für alle und durch die Politik; kurzfristig könnten die Molkereien mit einem Bonus für einen Verzicht auf Mengenerhöhung Marktverantwortung übernehmen. Bauernverband und Molkereien setzen auf freies Unternehmertum und schimpfen auf den Handel. Bauern wünschen sich möglichst wenig Vorgaben, wollen frei entscheiden und schauen verunsichert auf gesellschaftliche Kritik, während sie günstige Rohstoffe abliefern. Das Buch „Wegwerfkuh“ sorgt im Internet für Diskussionen – ungewohnt offen und direkt. Neben dem Austausch unterschiedlicher Auffassungen von akzeptabel, wirtschaftlich und wünschenswert werden ernsthaft mögliche fachliche Ansatzpunkte wie Anpassung von Zuchtzielen und Zwischenkalbezeiten diskutiert.



Nach dem Ende der Quoten

Der Milchpreis fällt und die Funktionäre rufen nach staatlicher Unterstützung

Ende April 2013 versprach die Rentenbank der Milchwirtschaft durch das Ende der Milchquote eine Chance auf Wachstum. „Auch wenn letztlich nicht mit Sicherheit vorhergesagt werden kann, wie sich der Milchmarkt entwickelt, bietet die Aufhebung der Mengenbeschränkung für die deutsche Milchwirtschaft durchaus Chancen. Sei es im Export mit Standardprodukten, mit Spezialitäten oder in Nischen auf dem zahlungskräftigen Heimatmarkt“, so Horst Reinhardt, Sprecher des Vorstands, anlässlich der Bilanzpressekonferenz 2013.

Schlechte Abschlüsse

Sicherlich konnte 2013 niemand die Entwicklungen am Milchmarkt 2015 vorhersehen. Nicht einmal die Entwicklungen der vergangenen Monate wurden vorhergesehen. Noch Ende vergangenen Jahres hatten sich die Marktanalysten erfreut gezeigt, als sich abzeichnete, dass der Erzeugerpreis sich zum Ende der Milchquote stabilisierte. Die Ursache dürften die zurückgehenden Anlieferungsmengen zum Jahresende und im ersten Quartal 2015 gewesen sein, eine Reaktion der Milchproduzenten auf drohende Strafzahlungen wegen Überlieferung. Dieses Regulativ allerdings ist seit April nicht mehr vorhanden. Die aktuellen Anlieferungsmengen zeigen keinen sprunghaften Anstieg. Im April, dem ersten Monat ohne Quote, stieg der Milchpreis gegenüber dem Vormonat

leicht an. Für April schätzt die Agrarmarkt-Informationen-Gesellschaft mbH (AMI), dass der Milchpreis (4,0 Prozent Fett und 3,4 Prozent Eiweiß) im bundesweiten Mittel mit 30,2 Cent um 0,3 Cent über dem des Vormonats lag. In den Preisabschlüssen zwischen den Discountern und den Molkereien findet dies allerdings keinen Niederschlag. Vielmehr, so könnte man meinen, nehmen die Handelsunternehmen die aufgrund der Liberalisierung des Marktes mögliche Produktionsausweitung und den zu erwartenden Angebotsüberschuss zum Anlass, Preise zu senken. Besonders unter Druck kamen in der Verhandlungsrunde Anfang Mai die Frischmilchpreise. Hier haben die Discounter Preisabschläge von bis zu zehn Prozent durchgesetzt. Lidl senkte den Verkaufspreis für einen Liter Vollmilch von 59 auf 55 Cent, 250 Gramm Butter kosten 89 Cent und damit 10 Cent weniger als im Vormonat. Die schlechten Preisabschlüsse mit den Discountern sowie die generell verhaltene Lage am europäischen und internationalen Milchmarkt lassen für die kommenden Monate einen erneuten Rückgang der Milchauszahlungspreise erwarten.

Vierzig Cent pro Liter

Wie eng es für die Milcherzeuger unter diesen Voraussetzungen wird, zeigt eine Auswertung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Im Mittel erzielten die 236 untersuchten Betriebe mit durchschnittlich 161 Kühen

bei einem Milchpreis von 43,47 Cent im Milchwirtschaftsjahr 2013/14 einen kalkulatorischen Gewinn von 2,96 Cent pro Kilogramm Milch. Dabei beliefen sich die Vollkosten auf 44,4 Cent/kg.

Im europäischen Vergleich waren die Milchauszahlungspreise im März in Deutschland mit die niedrigsten. Angeführt wurden sie mit großem Abstand von der Molkerei Granarolo in Italien mit 41,2 Cent. Am wenigsten zahlte das Deutsche Milchkontor (DMK) mit 28,16 Cent.

Der Tag der Milch

Der letzte Tag im Mai war der Tag der Milch. Doch die aktuelle Marktsituation sowie die schlechten Aussichten ließen keine Feierstimmung aufkommen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) kritisiert die Preispolitik der Molkereien. „Wir brauchen innovative Maßnahmen, um an der Wurzel der Krise anzusetzen. Das Überangebot an Milch muss verringert werden“, fordert Milchbauer Ottmar Ilchmann vom AbL-Bundesvorstand. Eine Verringerung der Menge sei aber nur zu erreichen, wenn sie überbetrieblich koordiniert wird. Die AbL sieht die Molkereien in der Pflicht, sich gegen eine kontinuierliche Produktionssteigerung einzusetzen. Die könne, so Ilchmann, mittels einer Belohnung derjenigen erfolgen, die ihre Liefermenge nicht ausweiten. „Wir fordern daher die Molkereien auf, einen

Bonus für diejenigen Milcherzeuger einzuführen, die ihre Milcherzeugung nicht ausdehnen oder sogar um wenige Prozentpunkte reduzieren.“ Trotz der Erkenntnis, dass selbst kleine Verringerungen der Milchmenge eine Signalwirkung in der Branche haben und zu steigenden Preisen führen können, wie der Milchstreik eindrücklich zeigte, ist es unwahrscheinlich, dass die Molkereien auf den Vorschlag eingehen. Sie profitieren vom Überangebot des immer günstiger werdenden Rohstoffs Milch und geben die geringeren Erlöse an die Bauern weiter.

Trotzdem der Deutsche Bauernverband zu den großen Befürwortern der Marktliberalisierung — „endlich auch im Milchbereich“ — gehörte, fordert er angesichts der drastischen Preiseinbrüche aktuell in Schleswig-Holstein eine Erhöhung der staatlichen Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver und ruft nach staatlichen Liquiditätsfördermitteln und Bürgschaften für die Betriebe.

Wenn Staat und EU nicht an einer effektiven Mengensteuerung interessiert sind, Molkereien und Handel vom Überangebot profitieren und vor allem die milcherzeugenden Landwirte die Last des Preisverfalls und der Liberalisierung tragen sollen, dann wäre es nur folgerichtig, wenn sich gerade diese organisieren, um Produktionsmengen für ihr Produkt festzulegen, Preise auszuhan-

Hochleistungszucht ist eine Einbahnstraße

Gesundheits- und Akzeptanzprobleme können Blick für Alternativen öffnen

Milchviehhaltung ist Hochleistungsbetrieb. Als Erfolgsmodell wird größtenteils vor allem die Produktionssteigerung hochgehalten: Eine höhere Gesamtmilchmenge durch Aufstocken der Herdengröße und eine möglichst hohe Milchleistung der Einzeltiere drehen an der Kosteneffizienzschraube – und wenn überversorgte Märkte zu niedrigen Auszahlungspreisen führen, können diese noch ein bisschen niedriger und ein Stück länger ausgehalten werden. Unabhängig davon, dass sich dieses Geschäftsmodell zumindest für die Bauern und Bäuerinnen im Kreis dreht, verursacht die starke Ausrichtung auf Höchstleistungen eine Zwickmühle, die auch am gesellschaftlichen Ansehen kratzt. Zum einen geraten die

Kühe an den Rand ihrer Anpassungsfähigkeit und reagieren sehr empfindlich. Dies stellt immer höhere Anforderungen an das Management und verengt die Handlungsmöglichkeiten, z. B. was die Fütterung angeht: Für eine ausreichende Versorgung sind meist standardisierte Mischungen nötig; Weidegang erscheint da heutzutage manchem als waghalsig. Die durchschnittliche Nutzungsdauer von Milchkühen liegt zwischen zwei und drei Laktationen. Die Kühe gehen hauptsächlich wegen Fruchtbarkeits-, aber auch wegen Gesundheitsproblemen wie Klauen- und Eutererkrankungen, ab. Außerdem führt die einseitige Betonung der Milchleistung in der Zucht dazu, dass andere Merkmale wie der Fleischansatz

reduziert werden. Thematisiert wurde dies in jüngster Zeit im Bezug auf den geringen wirtschaftlichen Wert der männlichen Kälber von Milchrassen für Mast und Fleischverwertung. Als technische Lösung, um die unwirtschaftliche Aufzucht gleich zu vermeiden, wird für die künstliche Besamung – bisher noch in eingeschränkter Auswahl, aber zunehmend – der Einsatz von gesextem Sperma angeboten.

Züchtung am Zug

Für die Entwicklung der Milchviehpopulation spielt insbesondere die Ausrichtung in der Züchtung die entscheidende Rolle, um systematischen Problemen entgegenzuwirken. So empfiehlt der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik des Bundeslandwirtschaftsministeriums in seinem aktuellen Gutachten u. a. eine „starke und breite Berücksichtigung funktionaler Merkmale bei der Zucht“. Die Zuchtverbände haben mittlerweile die einseitige Betonung hoher Milchleistungen als Zuchtziel zurückgefahren und beziehen in die Zuchtwertschätzung verstärkt Fitnessmerkmale ein.

Allerdings haben gewohnte Erfolgsmerkmale starken Einfluss auf die Nachfrage, und die Zuchtverbände erklären, dass die Betriebe häufig doch auf die starken Milchvererber zurückgreifen. Bestehen bleibt außerdem das grundsätzliche Problem der verengten Zuchtlinien in der Holstein Friesian Population, die mittlerweile in Deutschland einen Inzuchtkoeffizienten von vier Prozent aufweist und wenig Spielraum für Abweichungen vom Milchleistungstyp lässt, wie Onno Poppinga, Professor für regionale Agrarpolitik und aktiv beteiligt am Zuchtprogramm der Deutschen Schwarzbunten Niederungsrinder, kritisch anmerkt.

Alternative Wege

Wer sich nach alternativer Schwerpunktsetzung in der Milchrinderzucht umschaute, findet jedoch die Angebote von zwei parallel entstandenen, kleinen Züchtungsinitiativen mit jeweils knapp

300 Mitgliedern und diversen Netzwerkpartnern, die auf Lebensleistung und erhöhte Nutzungsdauer setzen. Hierzu zählt die Arbeitsgemeinschaft Lebenslinien (ALL), die auf Grundlage eigener Zuchtziele die Bullen von neun Partner-Zuchtorganisationen bewertet und ein eigenes Gütesiegel vergibt. Das Augenmerk liegt dabei auf spätreifen Kühen mit Leistungssteigerung von Laktation zu Laktation und überdurchschnittlicher Fruchtbarkeit. Außerdem versucht die ALL bewusst, eine Verengung der eingesetzten Blutlinien zu vermeiden und eine möglichst große Variabilität einzubeziehen. Als Internetangebot stellt die ALL eine Zuchtwertampel zur Verfügung, mit der Betriebe ihre Kühe mit Hilfe väterlicher Abstammungsdaten auf Schwachpunkte in der Veranlagung überprüfen können.

Die Arbeitsgemeinschaft (ARGE) für Rinderzucht auf Lebensleistung arbeitet auf zwei verschiedenen Ebenen: Die Mitglieder führen bei den gängigen Milchrassen ein eigenes Linienzuchtprogramm durch; die Auswahl der besten Bullen wird jährlich in einem internen Bullenkatalog veröffentlicht. Gemeinsam mit der bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft und mit Bivoverbänden hat der Gründer der ARGE, Dr. Günter Postler, den Ökologischen Gesamtzuchtwert (ÖZW) entwickelt. Dieser entspricht besonders den Anforderungen einer ökologischen Milchviehhaltung, bietet aber eine Orientierung für alle Züchter, die auf Langlebigkeit der Kühe mit flacher Laktationskurve und Leistungssteigerung über die Jahre statt auf hohe Einsatzleistung setzen. Für die Rinderrassen Braunvieh, Fleckvieh und Gelbvieh wird so eine eigenständige Gewichtung der Abstammungs- und Leistungsdaten vorhandener Besamungsbullen vorgenommen, von denen die besten in einer extra Bullenliste veröffentlicht werden. Mittlerweile ist der ÖZW Grundlage für das Anpaarungsprogramm Opti-Bull-Öko. cw



Mahnfeuer des Bundesverband deutscher Milchviehhalter (BDM) in Schleswig-Holstein...
Foto: Kleensang

Fortsetzung von Seite 11

deln und Überproduktion zu stoppen. Die Norddeutsche Milcherzeugergemeinschaft (Nord MeG) versucht genau dies zu erreichen. 2013 wurde die MeG gegründet und bündelt derzeit nach eigenen

Angaben rund 350 Millionen Kilogramm Milch. Als Vertreterin von acht Erzeugergemeinschaften vertritt sie rund 160 Milcherzeuger. Weil diese Form der Stärkung des Einzelbetriebs durch den Zusammenschluss in einer MeG auch für die Strukturen der Milcherzeugung in

einem Bundesland von zentraler Bedeutung sein kann, fördert Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer die Nord MeG mit 47.700 Euro. Jede neue und unabhängige Milcherzeugergemeinschaft trägt zu einer Stärkung der Interessen der Milchbauern bei. Nur

wenn es den Landwirten gelingt, sich aus den Abhängigkeiten der immer größer werdenden Molkereikonzerne zu lösen, werden sie langfristig eine unabhängige kostendeckende Milchproduktion sicherstellen können. mm

Für Milch mit bäuerlichen Qualitäten

Wo liegt in der derzeitigen Krise die Perspektive?

Glückliche Bauern als programmatischen Anspruch eines konventionellen Milcherzeugungsprogramms zu formulieren und das dann auch noch mit den Ansprüchen glückliche Kühe und glückliche Umwelt zu kombinieren, erscheint in diesen Tagen fast abenteuerlich. Das traut sich die niederländische Molkerei Beemster mit ihrem Caring-Dairy-Programm. Die meisten Milchbauern in Deutschland sind gerade alles andere als glücklich. „Sie sind sauer auf Aldi, weil die die Preissenkung durchgedrückt haben, obwohl es nicht zur Menge passt“, sagt der niedersächsische Milchbauer Jörn Mahnke, „und sie fühlen sich von den Genossenschaften schlecht vertreten, weil die sich nicht gegen den LEH durchsetzen.“ Eine Strategie sei nun, mehr Milch aus dem Grundfutter zu ermelken und zu hoffen, dass auch wieder bessere Zeiten kämen. Der Markt solle es regeln, wünscht sich der Bauernverband. 28 Cent zahlen die konventionellen Molkereien im Norden. Selbst schuld seien die Bauern an den niedrigen Preisen, mussten sie sich zur besten Sendezeit im Fernsehen von Schinkenproduzent Jürgen Abraham sagen lassen, schließlich ließen sich doch ihre Vertreter in ihren Genossenschaften auf diese Konditionen ein. Bauern als die Lemminge, die dem Markt hinterher aufstocken, Kosten drücken und doch nicht auf den grünen Zweig kommen? Wo liegen die besseren Perspektiven?

Faire Preise

„Lebensmittel müssen einen Preis haben, von dem Bauern leben können“, sagt Josef Jacobi, Bio-Milchbauer und Vorstand der Upländer Bauernmolkerei. Die zahlt ihren Biomilchbauern 46,6 Cent und hat nach dem Ende der



... und in in Ostfriesland.

Foto: Hinrichs

begrenzenden Quote gerade drei Neueinsteiger in die Milchviehhaltung aufgenommen. Biomilch ist nach wie vor gefragt und die Erzeugerpreise sind auf alle Fälle bei den Upländern, wie sie sein sollten – auskömmlich. Hinzu kommt die Debatte um die gesellschaftliche Akzeptanz der Tierhaltung. Zwar steht die Milchviehhaltung bei den meisten Menschen besser da als Vollspaltenschweinebuchten und von Antibiotika umwehte Masthähnchen, aber auch nur deshalb, weil die meisten Leute an Weidehaltung glauben. Das ist zwar nicht ganz so unzutreffend wie der Glaube an den Weihnachtsmann, aber fast. Der Trend in der Milchvieh-

haltung geht seit Jahren weg von der Weide, auch begründet durch das einzelbetriebliche Wachstum, denn je mehr Kühe auf einem Betrieb gehalten werden, umso schwieriger wird rein praktisch ein effektiver Zugang zu Weide. Hinzu kommt, dass Weidehaltung etwas Unmodernes anhaftet, Beratung und Wissenschaft haben sich eher damit auseinander gesetzt, wie man Stallhaltungssysteme optimiert, weil dort sämtliche Produktionsfaktoren, vor allem aber das Futter, exakt kontrollierbar vorgehalten werden können. Außerdem, so schreibt Kommentatorin und Milchbäuerin Kirsten Wosnitza im Internet, sei Weidehaltung für die landwirtschaftlichen Wirtschaftspartner deutlich unattraktiver als der „leicht zu industrialisierende“ Mais- oder Ackergrasanbau. Für erfolgreichen Weidegang brauche es „bäuerliche“ Qualitäten und Handlungen. Das liege nicht im Interesse derer, die an der Landwirtschaft verdienen. Das Land Niedersachsen hat gerade über 300.000 Euro an Forschungseinrichtungen gegeben, um die Kriterien und Erfordernisse eines Weidemilchprogramms auszuloten. Unter den Molkereien gibt es bislang eher wenig Bereitschaft, Weidemilch durch Preiszuschläge zu honorieren. Größer sind

die Befürchtungen, die Genossen damit auseinander zu dividieren.

Zufriedene Bauern

Es lohnt der Blick nach Holland. Dort gibt es ein Weidemilch-Programm, das aus einer Stiftung, an der auch die Friesland/Campina-Molkerei beteiligt ist, bis zu zwei Cent mehr pro Liter an Bauern und Bäuerinnen auszahlt, die ihren Kühen an 120 Tagen im Jahr mindestens sechs Stunden täglich Weidegang gewähren. Und dann ist da auch noch die Molkereigenossenschaft Cono Kaasmakers der eingangs erwähnten Käserei Beemster, die mit dem Caring-Dairy-Programm wirbt. Rund 500 Milchviehbetriebe liefern 340 Millionen Liter Milch nach den vom Eishersteller Ben & Jerry's entwickelten Nachhaltigkeitsleitlinien. Auch 120 Tage Weidegang, Soja aus einem unter bestimmten Kriterien zertifizierten Anbau und Schulungen für die Betriebe sollen Bauern, Kühe und Umwelt glücklich machen. Beemster zahlt den Bauern fünf Cent mehr pro Liter Milch zusätzlich zum Weidemilchaufschlag. Die Geschäfte laufen gut, Beemster könnte noch mehr Käse verkaufen. Zufriedene Bauern und Bäuerinnen referieren in Videoclips über ihre zufriedenen Kühe.

Milchpolitik auch entwicklungsfriendly

Die jüngsten Änderungen in der EU-Milchmarktpolitik sowie die Entwicklung in der europäischen Handelspolitik werden in ihren Folgen auf die bäuerliche Landwirtschaft in Deutschland, europaweit und insbesondere auch in Entwicklungsländern im gemeinsamen Milchprojekt von Germanwatch und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) untersucht und mit öffentlichen Maßnahmen begleitet. Neben Artikeln in Fachzeitschriften, Vernetzung mit anderen Organisationen, Hintergrundpapieren zur Problematik von Futtermittelimporten und Milchexporten für arme Länder sind auch Veranstaltungen und Tagungen zum Thema bereits durchgeführt und weiterhin geplant. Diese Projektarbeiten leben von der Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern auf AbL-Bundes- und Landesebene sowie der Mitarbeiter und Geschäftsführer. Das Projekt wird gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und läuft noch bis Dezember 2016. *bet*
Infos zum Projekt: Berit Thomsen (AbL), 02381-90-53-172, thomsen@abl-ev.de

Wenn das Ende zum Anfang wird

Das Ende der Milchquote eröffnet manchen Tierhaltern die Möglichkeit zum Einstieg in die Milcherzeugung

Seit April dieses Jahres stoppt das Milchauto der Upländer Bauernmolkerei wieder mitten im Ort am Hof der Familie Sauerwald. Der Hof liegt im kleinen Ort Medebach im Hochsauerlandkreis. Von den 34 ha Eigentum sind 10 ha Acker, auf dem Klee gras und Futtergetreide angebaut werden. Die restlichen 24 ha sind Dauergrünland. Schon früher gab es hier Milchkuhe. Bis 2003, bis der Milchpreises auf 22 Cent am Spotmarkt abstürzte, wurden hier Kühe gemolken. Das Ende der Milchviehhaltung war der Beginn der Mutterkühe. Fünfzig Stück lagen im Tretmiststall und auf den Weiden direkt hinter dem Hof. Dennoch ist das Fazit des Betriebsleiters nüchtern. „Ohne Direktvermarktung“, so Anton Sauerwald, „ist die Mutterkuhhaltung nicht rentabel.“ Auch sei es nicht immer einfach, die wenig an den Menschen gewöhnten Mutterkühe umzutreiben.

Der erneute Einstieg in die Milchproduktion war reiflich überlegt und langfristig geplant. Schon im vergangenen Jahr fand Anton Sauerwald seine 15 Milchkuhe auf einem auslaufenden Betrieb. Dabei haben sich die Kosten für die Milchkuhe und die Einnahmen aus dem Verkauf der Mutterkühe aufgehoben. Den Wechsel aus dem Boxenlaufstall in den hellen Tretmiststall mit viel frischem Stroh haben die Tiere problemlos gemeistert. Investiert werden musste zusätzlich in die Melktechnik. Aber auch hier fand sich mit einem ge-

brauchten Doppel-Vierer-Fischgrätenmelkstand eine angemessene Lösung.

Milch, Familie, Arbeit

Der Tag beginnt bei Anton Sauerwald um Viertel nach fünf. So schafft er es, die Kühe vor dem gemeinsamen Frühstück zu melken. Dann geht es zur Arbeit. Derzeit, so Sauerwald, läuft es sehr gut. Er beginnt um halb sechs im Stall. So kann er noch mit seinen Kindern frühstücken, bevor der gelernte Drechsler zu seiner Arbeit einige Dörfer weiter fährt. Nach den ersten Wochen als Milchbauer ist Anton Sauerwald die Zufriedenheit mit seiner Entscheidung anzusehen. Während die Kühe im Stroh liegen und sich sonnen, erzählt er von seinen Zukunftsplänen. Langsam möchte er die Tierzahl erhöhen. Der Platz ist der begrenzende Faktor. Die Weiden direkt hinter dem Stall fallen steil ab und auf der anderen Seite ist das Dorf. Gebäudeerweiterungen werden so schnell sehr aufwendig und teuer. Deshalb will er sich auf die Milchkuhe konzentrieren und wenig nachzüchten. Der Stalldurchschnitt lag bei 9.500 Litern. Möglichst viel davon soll aus dem Grundfutter gemolken werden. Der erste Schnitt in diesem Jahr fällt dünn aus. Es war zu trocken.

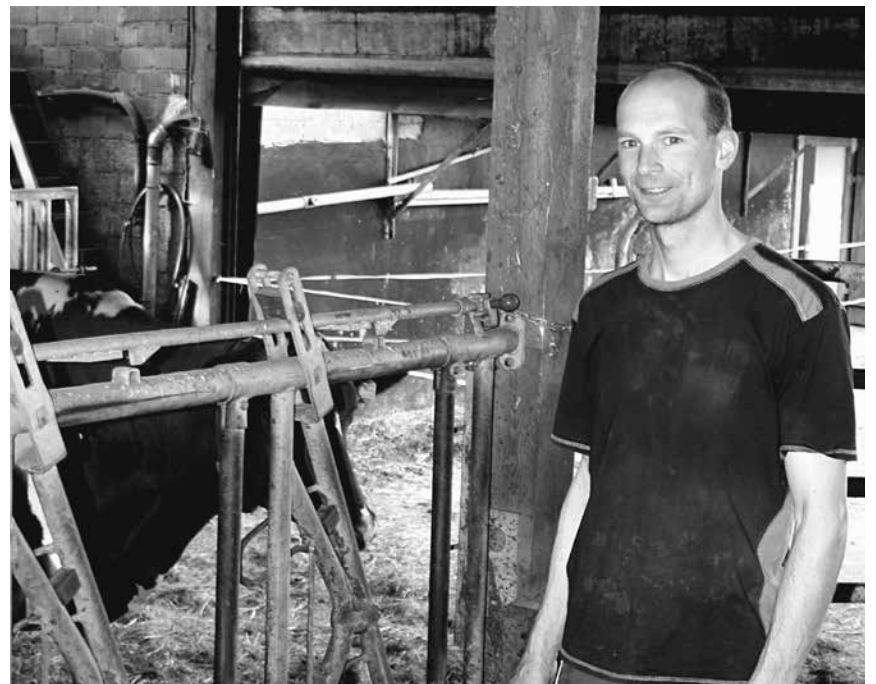
Die Molkerei

Von zentraler Bedeutung ist sicherlich die Molkerei. Wer nimmt einen so kleinen Betrieb auf? Die großen Molke-

reikonzerne haben in den letzten Jahren die Bedingungen für kleinere Betriebe durch dreitägige Abholung, Stoppkosten und einen gestaffelten Preis immer weiter verschlechtert. Anton Sauerwald hat auch gar nicht erst probiert, wieder zu seiner ehemaligen Molkerei zu liefern. Er ist einer von acht Betrieben, die bei der letzten Mitgliederversammlung von den Bauern der Milcherzeugergemeinschaft Hessen w.V. als den Eigentümern der Molkerei einstimmig als neue Mitglieder aufgenommen wurden. Neben dem Betrieb

Sauerwald gibt es unter ihnen noch einen, der neu mit der Milchviehhaltung beginnt. „Diese möchten wir durch die Aufnahme unterstützen und freuen uns über neue Bio-Betriebe in der Region“, erklärt Karin Artzt-Steinbrink, Geschäftsführerin der Upländer Bauernmolkerei. Von der Upländer Bauernmolkerei ist auch Sauerwald als Partner überzeugt. „Die Molkerei ist kleinstrukturiert“, erklärt er. „Bei Problemen oder Fragen findet man sofort einen Ansprechpartner, der einen berät.“

mn



Auch wenn sich die Kühe nicht fotografieren lassen wollten, fühlten sie sich sichtbar wohl im Stall von Anton Sauerwald
Foto: Nürnberger

Bäuerliche Milchviehhaltung als wertvoller Werbeaspekt

Molkerei Berchtesgadener Land sorgt durch Produktqualität mit Konzept für guten Milchpreis

Als es 1986 für den Neubau des Molkereistandorts im bayrischen Piding, nahe der österreichischen Grenze, statt einer Förderung nur die Aussage „Eine Molkerei im Bergland braucht man nicht mehr“ gab, stellten die Genossen die Weichen für das heutige erfolgreiche Vermarktungskonzept. „Damals ist klar geworden: Am Alpenrand gibt es nur eine Chance, wenn man Spezialitäten mit einem besonderen Konzept anbietet“, so Barbara Steiner-Hainz, Marketingleiterin der Milchwerke Berchtesgadener Land Chiemgau eG. Gebaut wurde gleich mit der Möglichkeit, verschiedene Milchsorten getrennt verarbeiten und vermarkten zu

können. Auf diese Weise konnte die kleine Demeter-Sparte beibehalten, ausgebaut und um eine Naturland-Sparte erweitert werden. Die konventionelle Milch wird bewusst mit einer Herkunftsgarantie aus Berggebieten vermarktet, die schon länger politisch definiert sind und zumindest in weiten Teilen mit grünlandbetonter, extensiver Bewirtschaftung einhergehen. Seit 2010 gehört die zertifiziert gentechnikfreie Fütterung zum Standard.

Herkunftsgarantie

Weil für die Milcherfassung mit einem hohen Anteil täglicher Abholungen weite und aufwendige Wege

zurückgelegt und Tankwagen mit Mehrkammersystem für die Trennung der unterschiedlichen Milchsorten benötigt werden, zählen die Erfassungskosten deutschlandweit zu den höchsten. In unzugänglichen Regionen bringen die Betriebe die Milch zusätzlich zu Sammelplätzen. 265 Mio. kg Rohmilch wurden 2014 angeliefert und verarbeitet. Die rund 1.800 Mitgliedsbetriebe, von denen knapp 450 ökologisch wirtschaften, befinden sich im deutschen und z. T. österreichischen Alpenraum in bis zu 200 km Entfernung von der Molkerei. Der Milchauszahlungspreis für die Bauern und Bäuerinnen gehört im bundesweiten Vergleich meist zu

den höchsten. Getrübt wird das vorbildliche Geschäftsmodell durch die Kritik Einzelner an der geringen Bereitschaft der Bauern des Vorstands und des Aufsichtsrats zur internen Diskussion. Aufgenommen werden explizit nur Einzelmitglieder. Liefergemeinschaften, wie sie von der Politik angefragt werden, damit Landwirte die Interessen der Erzeugerebene den Verarbeitern gebündelt gegenüberstellen können, müssen als einzelne Betriebe, jeder für sich beitreten. Mehrmals sind Bauern, die sich aktiv und kritisch politisch engagieren, offensichtlich aus diesem Grund nicht aufgenommen worden.

cw

Durch den Anhänger am Sack ist dieser nicht zu

Sortenschutzinhaber müssen gezielt informieren, dass Nachbau zur Auskunft verpflichtet

Auch vor dem Hintergrund, dass sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) derzeit damit befasst, wann und unter welchen Voraussetzungen Bauern und Bäuerinnen dazu verpflichtet sind, Auskunft über ihren Nachbau zu geben, weisen zwei neue Landgerichtsurteile aus bäuerlicher Sicht in die richtige Richtung. Schließlich geht es um die Wurst, wägt doch der EuGH gerade ab, ob es überhaupt einer Aufforderung durch den Sortenschutzinhaber zur Auskunft bedarf und er mit einer Verneinung dieser Frage die alte, juristisch erstrittene Regelung ad absurdum führen würde, wonach sogar eine individualisierte Anfrage, das so genannte qualifizierte Auskunftersuchen, vonnöten ist. Das Landgericht Mannheim wie auch das Landgericht Düsseldorf haben nun Fälle behandelt, in denen der eigentliche Sachverhalt längst nach jenem gängigen Muster abgehandelt war:

In beiden Fällen waren Bauern pauschal zur Auskunft aufgefordert worden, reagierten darauf nicht und bekamen dann qualifizierte Anfragen, sprich Rechnungskopien über den Erwerb von Z-Saatgut – einmal ging es um die Kartoffelsorte Ditta, im anderen Fall um die Wintergerste Franziska. In beiden Fällen erteilten daraufhin die Bauern die Auskunft, mit dem Erntegut jener als Saatgut erworbener Sorten im Folgenden keinen Nachbau betrieben zu haben. Akte zu, Fall erledigt, könnte man

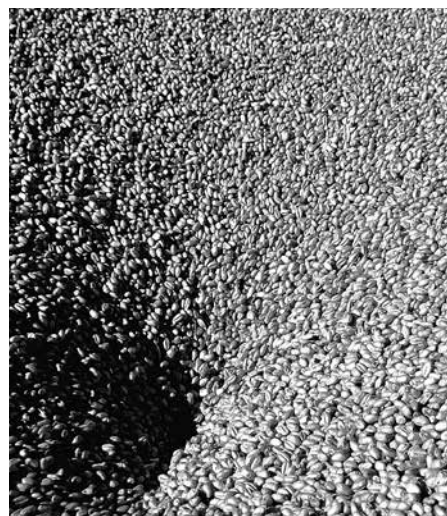
denken. Nicht so für die Saatguttorehandlungs-Verwaltungs GmbH (STV), die ihren Aufwand für die Ermittlung der Z-Saatgüterkäufe von den Bauern erstattet haben wollte. 130,50 Euro sollten beide jeweils zahlen, mit der Begründung, dass sie hätten wissen müssen, dass sie zur Auskunft in Bezug auf möglichen Nachbau gegenüber dem Sortenschutzinhaber verpflichtet seien, weil dieser sie auf Sackanhängern, Infoschreiben, etc. darüber informiert habe.

Bäuerliche Rechte

Beide Gerichte urteilten übereinstimmend, dass es sich im Nachhinein nicht zweifelsfrei klären lassen, ob den Bauern solch eine Information zuteil wurde. Nur die Tatsache, dass es grundsätzlich Sackanhänger gäbe, auf denen die Verpflichtung zur Nachbauauskunft vermerkt sei, oder Infoschreiben von Züchtern, in denen das auftauche, bedeute noch lange nicht, dass auch in diesen beiden konkreten Fällen die Bauern solche Säcke oder Schreiben bekommen haben. Diesen letzten Beweis bleibe die STV schuldig, so die Richter. Insofern gebe es durchaus die Möglichkeit, dass die Bauern nicht wüssten, dass sie durch den Kauf von Z-Saatgut schon in eine theoretische Verpflichtung gerieten und im Falle des Nachbaus von Erntegut zur Auskunft über die-

sen Nachbau gegenüber dem Sortenschutzinhaber verpflichtet wären.

Wenn es also vor zwei deutschen Landgerichten mehr als mit Informationen bedruckter Sackanhänger bedarf, um Bauern und Bäuerinnen auf ihre Pflichten in Sachen Nachbau hinzuweisen, dann könnte man hoffen, dass auch der EuGH die Sortenschutzinhaber nicht aus der Pflicht entlässt, Bauern und Bäuerinnen individuell anzusprechen, um Nachbauauskunft zu erhalten. Alles andere wäre nur mehr eine weitere Beschneidung ureigenster bäuerlicher Rechte. cs



Nach dem Sack ist vor der Drillmaschine, ganz ohne Etikett Foto: Bonarius/pixelio



Populations-sorten-Versuch

Zugeschnitten auf einen von der EU initiierten Versuch, die Vermarktung heterogene Sortenkreuzungen als Populationen von Saatgut zu ermöglichen, hat das Bundeslandwirtschaftsministerium nun eine Verordnung über das Inverkehrbringen von Saatgut bestimmter Arten vorgelegt. Es geht um Weizen-, Gersten-, Hafer- und Maissaatgut, das ansonsten am Zulassungsverfahren scheitern würde, weil es sich um genetisch heterogene Sortenkreuzungen handelt. Der Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter (BDP) befürchtet, dass damit die nach seiner Ansicht gut funktionierende Saatgutregulierung ausgehöhlt wird. Es besteht die Möglichkeit der Entwicklung eines Parallelmarktes und die Gefahr der Verbrauchertäuschung. In der Verordnung, die jetzt dem Bundesrat zugeleitet wurde, werden unter anderem der Begriff der Population im Sinne des EU-Versuchs sowie die Anforderungen an das Inverkehrbringen von Saatgut einer solchen Population festgelegt. Beschränkt wird das jeweilige Saatgutaufkommen auf maximal 0,1% der Menge, die an Saatgut derselben Art in einem Anbaujahr im gesamten Bundesgebiet ausgesät wird. Das Saatgut soll nur in Packungen oder Behältnissen vermarktet werden dürfen, die unter anderem mit der Aufschrift „Befristeter Versuch gemäß EU-Vorschriften und -Standards“ etikettiert sind. Das Bundessortenamt soll mit den zugelassenen Populationen vergleichende Feldversuche durchführen. cs

Fruchtbare Kontakte nach England

Kooperation mit Rapszüchter möglich

Anfang Mai fuhren Klaus Buschmeier, Franz-Josef Dohle und Gerhard Portz auf Englandreise zum Jahrestreffen der Europäischen mobilen Aufbereiter (EMSA) in Peterborough. Es war wieder ein herzliches Willkommen seitens der Engländer. Es wird fast überall immer schwieriger, Liniensorten als nachbaufähiges Erntegut zu bekommen. Die Pflanzenzüchter versuchen, durch Hybridsaatgut den Markt an sich zu reißen und sich das Kulturgut Saatgut zu Eigen zu machen. Zu bedenken ist jedoch, dass ohne Liniensorten keine Hybridzucht möglich ist. Die englischen, belgischen und französischen Fachleute schauen nach Deutschland und gehen davon aus, dass in Zukunft der Nachbau bei ihnen ähnlich erschwert wird wie bei uns. So könnten die mobilen Aufbereiter, die seit Mitte des letzten Jahrhunderts in England und Frankreich agieren, vor dem Aus stehen. Zudem werden mit Gentechnik und Patentierung von Seiten der Züchter politisch knallhart Metho-

den propagiert, die ebenfalls Nachbau unmöglich machen. Auf unserer Reise besichtigten wir einen Betrieb mit 300 ha Ackerbau. Beste Weizenbestände lachten uns an, gerechnet wird mit Erträgen mit bis zu 12 t/ha. Jedoch gibt es beim verwendeten Direktsaatverfahren ohne vier- bis fünfmalige Round-up-Spritzung große Probleme mit Hirsepflanzen. Über Sommerungen, also Auflockerungen der Fruchtfolge, und Striegeln wird nun versucht, die Schwierigkeiten in den Griff zu kriegen.

Neue Zusammenarbeit

Des Weiteren besuchten wir einen großen Rapsversuch. Hier standen Liniensorten und Hybridsorten Reihe an Reihe nebeneinander. Wir trafen Mike Pickford, einen unabhängigen und freien Rapszüchter. Er ist ein älterer Herr, der vor 20 Jahren aufgehört hat, bei der KWS zu arbeiten. Pickford hat sich in der Züchtung selbstständig gemacht, mit einem kleinen Gewächshaus,

ein paar Hektar Land, guten Augen, zwei grünen Händen und festem Willen. Jetzt hat er zwei geprüfte Rapsorten auf den Markt gebracht; es sind Liniensorten, nachbaufähig mit besten Werten in Öl- und Kornertrag und Gesundheit – auch den Vergleich mit Hybridsorten braucht er nicht zu scheuen. Wir kamen schnell ins Gespräch; er weiß um die Nachbauproblematik und den schwierigen Markt. Nach einiger Zeit fragte ich ihn, ob er sich vorstellen könnte, eine seiner Sorten – ihr Name ist Advance – ohne Nachbaugebühren dem deutschen Markt zur Verfügung zu stellen. Er willigte in ein Pilotprojekt ein, das wir nun beginnen wollen. Dies könnte ein erster Meilenstein für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Züchtern und Bauern sein.

*Gerhard Portz,
IG Nachbau*

Weitere Information und Bestellungen unter: hoflaedchen.portz@web.de

„Zunächst bei sich selber beginnen: Was will ich?“

Außerfamiliäre Hofübergabe aus der Sicht eines Altbauern

Man braucht Zeit, mindestens vier bis fünf Jahre sollte man einplanen. Zunächst muss man bei sich selber beginnen: Was will ich, was wollen wir in der Partnerschaft und was möchten die Kinder? Dafür ist es notwendig, sich ganz offen und klar über die jetzige Situation zu unterhalten. Am besten ist es, eine Standortbestimmung für den Betrieb zu machen. Dazu kann man sich sehr gut Hilfe durch die Beratung holen. Da stellen sich die Fragen: Gibt es Schulden im Betrieb und sind sie auch zukünftig tragbar? Wie ist die Bausubstanz und muss hier investiert werden, damit gut weiter gewirtschaftet werden kann? Wie sieht mein Maschinenbestand aus, ist er überaltert oder in gutem Zustand? Oft ist es so, wenn noch keine Nachfolger da sind, wird verständlicherweise wenig investiert. Dies ist auch richtig, denn Investitionen binden die neue Generation und das vielleicht in einer Richtung, die nicht gewollt ist, bzw. es schränkt die Möglichkeiten der Nachfolgesuche ein. Wenn all dies überlegt ist, dann sollte man sich mit der Familie unterhalten. Einfach mal austauschen, welche Möglichkeiten es gibt. Lässt sich der Hof wirtschaftlich weiterführen oder ist es besser aufzuhören, weil die Rahmenbe-

dingungen nicht mehr stimmen? Wenn alles positiv für die Weiterführung des Betriebes spricht, dann müssen sich die Abgebenden über ihre persönlichen Bedürfnisse klar werden. Wir haben all diese Schritte durchlaufen.

Sie dürfen doch nicht aufhören

Seit über 30 Jahren bewirtschaften wir unseren Betrieb ökologisch, mit einer vielseitigen Produktion und einer starken Direktvermarktung ab Hof, und nach der Standortbestimmung war klar, wir möchten unser Lebenswerk, den Hof, als Ganzes erhalten und nicht nur das Land ökologisch verpachten. Vielfach wurden wir auch von unseren Kunden gefragt, wie es denn weiter gehe bei uns: „Wir wollen gerne weiter hier einkaufen und Sie dürfen doch nicht aufhören!“ So hat sich bei uns als erste Priorität der Erhalt des ökologischen Betriebes in seiner Vielfalt und mit der regionalen Vermarktung herausgestellt. Natürlich muss man dann bei anderen Punkten eventuell Abstriche machen. Alles kann man bekanntlich nicht haben. Und wie sieht das Leben im Alter aus? Reicht uns die Rente? Wo wollen wir wohnen, weiter auf dem Hof oder doch vielleicht lieber woanders? Und wenn ja, ab wann und

wo? Wir haben uns entschieden, weiterhin auf dem Hof zu bleiben, da auch noch meine Eltern hier leben. Dennoch muss man sich ernsthaft damit beschäftigen, wenn hier eine fremde Familie den Hof übernimmt. Sind da nicht Konflikte vorprogrammiert? Kann man loslassen oder will man immer noch bestimmen, schließlich hat man ja alles lange gut gemacht und ob die jungen Menschen dies auch so können? Wie groß wird das Vertrauen sein und wie sieht es mal aus, wenn man Hilfe braucht? Auch hier Fragen über Fragen, die geklärt werden müssen. Ich persönlich sehe dies so: Ich bin hier auf der Erde zu Gast und habe viele Gründe, dankbar zu sein. Sehr lange habe ich den Hof anvertraut gehabt und nun darf ich die Verantwortung weitergeben. Loslassen gehört eben auch zum Leben.

Für eine Übergabe waren Eckpunkte gesetzt: Der Hofladen soll von meiner Frau Marianne Nafziger als eigenständiges Unternehmen weiter geführt werden und so lange in ihrer Hand bleiben, wie sie es möchte. Außerdem soll der langjährige gute Mitarbeiter auch weiterhin auf dem Hof arbeiten können. Da ich als Vorsitzender und freier Mitarbeiter beim Bioland-Landesverband Rheinland-Pfalz/Saar ein Nebeneinkommen hatte, muss für einen zukünftigen Vollerwerbsbetrieb mehr als bisher angebaut und vermarktet werden. Dafür muss natürlich auch einiges investiert werden, wozu ich mit der Perspektive einer Nachfolge auch bereit war.

Sich kennen lernen

Nachdem sich alles so langsam klar abgezeichnet hat, war der Zeitpunkt gekommen, auf die Suche zu gehen. Wir sind den Weg über die Hofgründerbörse aus Witzenhausen gegangen (hofgruender.de). Hier können sich Suchende anonym bewerben und wir konnten entscheiden, ob wir Kontakt aufnehmen oder absagen. Wir hatten ca. 20 Bewerbungen. Dann gilt es, sich kennen zu lernen. Es braucht einen gewissen Reifungsprozess, bis man zu einer Entscheidung von beiden Seiten kommt. Nicht jedem gefallen die Rahmenbedingungen und auch uns hat die eine oder andere Vorstellung nicht zugesagt. Es gab eine gegenseitige Zusage, die jedoch keinen Bestand hatte. Also wieder von vorne. Schließlich haben wir eine junge Familie gefunden, die nicht über die Hofgründerbörse, son-

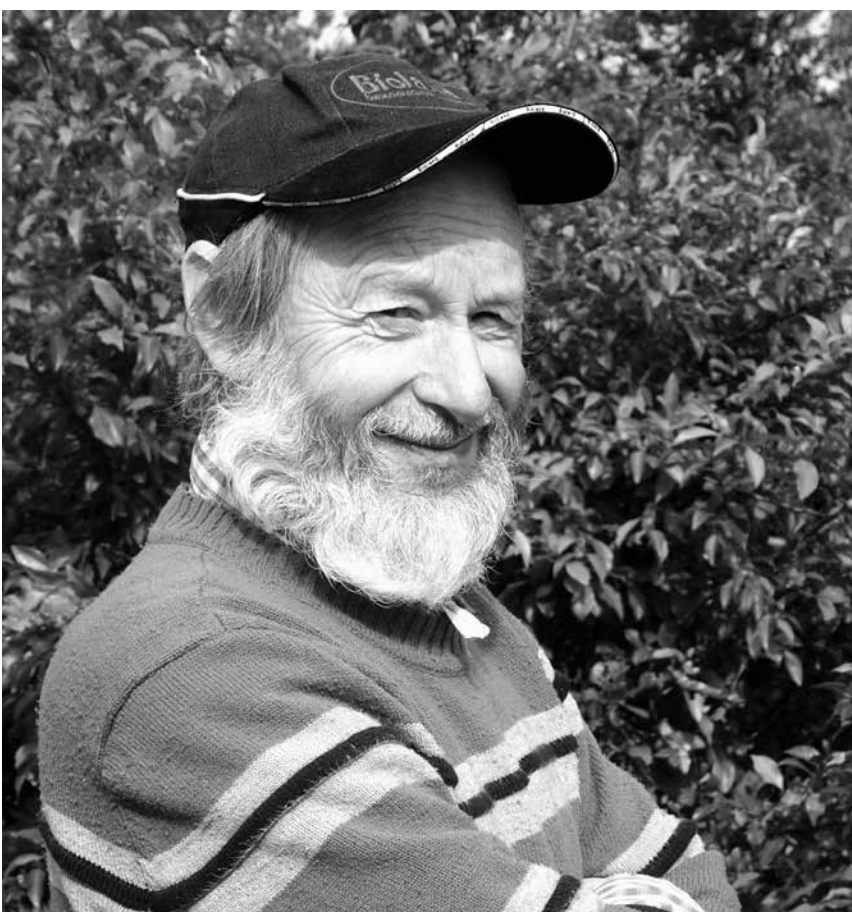
dern so von uns erfahren und sich beworben hatte. Seit fast einem Jahr leben Marc Grawitschky und Marlene Herzog mit ihren Kindern Katrin und Lotta hier bei uns in einer eigenen Wohnung und arbeiteten bis zum Mai dieses Jahres jeweils mit einer halben Stelle im Betrieb mit. Gleichzeitig haben wir begonnen den Anbau zu intensivieren, mehr Gemüse und Kartoffeln, ein Hühnermobil ist angeschafft worden und die beiden haben die Solidarische Landwirtschaft auf den Hof gebracht.

Übergabe finanziell

Wir haben also schon vor der Übernahme investiert, sowohl ich als auch die Nachfolger. Bei allen Bewerbern war das mögliche Eigenkapital eigentlich zu gering. Schon seit Jahren weiß ich von der Regionalwert AG in Freiburg, dass es Möglichkeiten gibt, Höfe, Kapital und junge Menschen zusammen zu bringen. Wir sind für uns zu dem Modell einer Kommanditgesellschaft (KG) gekommen. Ganz wichtig war mir, dass es zu keiner Erbengemeinschaft meiner Kinder kommt und der Hof irgendwann verkauft wird. So wie wir nun vorgehen, bringe ich meinen Hof mit allem Inventar ein. Der Wert wird durch einen Gutachter aktuell geschätzt. Gleichzeitig wird unser Wohnrecht und auch das Wohnrecht meiner Eltern bewertet und von meinem Anteil abgezogen. Unsere Nachfolger bringen nach ihren Möglichkeiten einen Anteil in die KG ein. Beide werden Komplementäre und übernehmen die Verantwortung für den gesamten Betrieb für die nächsten 30 Jahre. Anschließend könnte der Hof wieder von eventuellen Enkelkindern mit der entsprechenden Neigung weitergeführt werden. Alles zu seiner Zeit.

Die Idee und Umsetzung der Solidarischen Landwirtschaft finde ich sehr gut. Sie ist für die Weiterentwicklung des Betriebes in der heutigen Zeit eine gute Antwort auf die EU-Agrarpolitik. Regional, vielseitig, in enger Verbundenheit mit den Verbrauchern aus der Region sehe ich eine gute Zukunft für die junge Familie und den Betrieb. Und ich kann sagen, eine außerfamiliäre Hofübergabe geht, wenn man bei sich selbst anfängt und sich bewusst macht, was man will, was möglich ist und wie man es umsetzen kann.

*Manfred Nafziger,
Bioland-Bauer*



„Eigenes aufgeben und sich auf Neues einlassen können“

Außerfamiliäre Hofübergabe aus der Sicht einer Jungbäuerin

Man braucht Geduld, Kraft, Zuversicht, Nerven, Mut, Unterstützung und Geld. Hört sich viel an. Ist es auch. Wir wussten zum Glück nicht, was eine Hofübergabe bedeutet. Jetzt wissen wir es und sind glücklich, alles so gut bewältigt zu haben. Mein Mann und ich haben uns beim Studium der ökologischen Landwirtschaft in Witzhausen kennen gelernt. Nach mehreren Jahren Arbeit auf verschiedenen Betrieben in verschiedenen Regionen Deutschlands haben wir uns dazu entschlossen, einen Betrieb zu übernehmen, um unsere eigenen Ideen und Vorstellungen umsetzen zu können. Ein vielfältiger Hof mit Tierhaltung, Gemüse- und Ackerbau sollte es sein, nur einen Einstieg mit Milchvieh konnten wir uns nicht vorstellen. Wir wollten unbedingt auf dem Hof wohnen und er sollte in der Nähe meiner Eltern im Saarland sein, damit diese hin und wieder auf unsere beiden Kinder (inzwischen drei und fünf Jahre alt) aufpassen konnten. Schon die Suche nach diesem „Traumhof“ war eine anstrengende, krisenbeladene Zeit. Vor zwei Jahren erfuhren wir über eine Bekannte von dem Bioland-Gemischtbetrieb von Marianne und Manfred Nafziger, die eine Nachfolgefamilie suchten. Wir waren gleich begeistert von der Vielseitigkeit des Betriebes und der Lage der Flächen. Dabei hatten wir unsere eigenen Ideen für die Gestaltung der artgerechten Tierhaltung und es war klar: Den Gemüsebau wollten wir ausweiten. An beidem arbeiten wir jetzt und wachsen in den Betrieb hinein. Seit einem Jahr wohnen wir nun schon auf dem Hof in der Südwest-Pfalz bei Zweibrücken. Und seit dem 1. Mai sind wir offiziell verantwortlich für den Betrieb.

Vestehen wir uns?

Zuvor mussten wir uns jedoch auf einiges einlassen, manches akzeptieren und manche Vorstellungen über Bord werfen. Das Erste und für mich Wichtigste, womit wir uns auseinandersetzen mussten, war das Menschliche. Es galt herauszufinden, ob wir uns mit dem Altbauern und der Altbäuerin verstehen. Ob es gemeinsame Ziele gibt, ob wir auf Toleranz für unsere eigenen Ideen stoßen, ob wir eigene Fehler machen dürfen und ob beide Parteien fähig sein werden, bei Konflikten und Auseinandersetzungen Lösungen zu finden.

Denn eins stellten die beiden von Anfang an klar: Altbauer und -bäuerin gemeinsam Mutter und Vater von Manfred Nafziger wollten lebenslanges Wohnrecht auf dem Hof. Zack. Das war vor allem für mich erstmal eine Barriere, an der ich

lange zu knabbern hatte. Will ich wirklich für die nächsten Jahrzehnte gemeinsam mit den vorherigen Bewirtschaftern auf dem Hof arbeiten und leben?

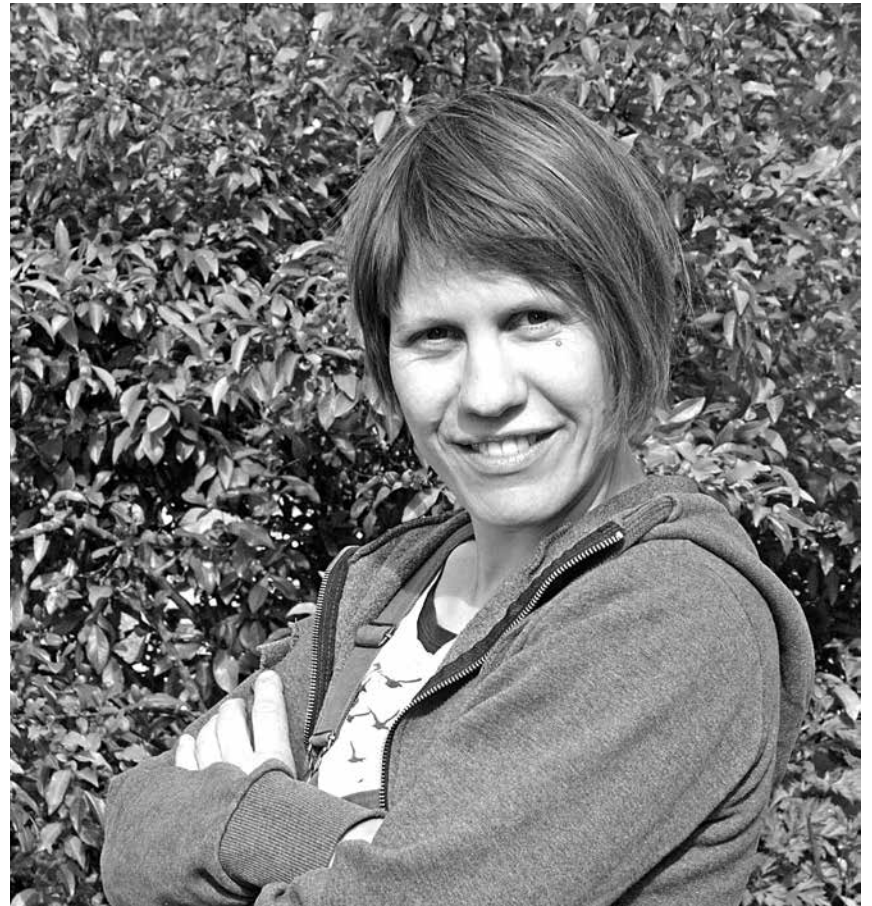
Es hat sich jedoch bald herausgestellt, dass wir mit Manfred nicht nur grundlegende Ziele teilen – den Hof und seine Vielfalt erhalten sowie den langjährigen Mitarbeiter übernehmen – sondern dass wir von Beginn an auf große Offenheit, Akzeptanz und Entgegenkommen gestoßen sind. Die Menschen waren mir gleich sympathisch und das machte es mir leicht, eigene Vorstellungen zu überdenken und mich an den Gedanken des gemeinsamen Lebens mit allen Konsequenzen zu gewöhnen.

Unterschiedliche Vorstellungen

Eine weitere Hürde stellte der Wunsch von Marianne Nafziger dar, den Hofladen für mindestens zehn Jahre weiter zu betreiben. Das bedeutete für uns, auf eine entscheidende Einnahmequelle zu verzichten. Es musste also eine alternative Vermarktung gefunden werden. Die Direktvermarktung in dieser Region ist eher schwierig, da viele Wochenmärkte schon belegt sind. An den regionalen Einzelhandel wollten mein Mann und ich uns möglichst nicht binden. Die Beratung, die wir uns alle gemeinsam genommen haben, war in einigen Punkten sinnvoll und würde ich bei einer Hofübergabe auch jedem empfehlen. Im Grunde lief jedoch, wie nicht anders zu erwarten, alles auf eine Intensivierung der Produktion hinaus. Auf die entscheidende und für uns einzig logische Lösung kam der Biolandberater jedoch nicht: die Solidarische Landwirtschaft (Solawi) – unabhängig vom Markt, gemeinsam mit den Verbrauchern, vielfältig, sicher und zukunftsfähig.

Einmal mit dem Gedanken befasst, ließ uns dieses Konzept nicht mehr los. Mein Mann und ich haben uns informiert, Netzwerktreffen besucht, andere Solawi-Höfe angesehen und viel, viel geredet. Die Nafzigers waren skeptisch. Im Grunde glaubte keiner daran, dass es funktionieren könnte. Doch Manfred vertraute uns trotzdem und ließ uns diesen Weg einschlagen.

Die Zeit der Gründung und der Suche nach Mitmachern der Solawi, die wir größtenteils zu zweit stemmen mussten, war eine sehr kräftezehrende und belastende Zeit, mit vielen Sorgen und Ungewissheiten, die sich mit der Einarbeitung in den Betrieb und den Hofübergabewidrigkeiten überschneideten. In diesem ersten Jahr hat uns Manfred Nafziger angestellt



und uns so die Planung, die Einarbeitung und unsere Haushaltsfinanzierung ermöglicht. Auch das war ein großes Entgegenkommen und eine wichtige Unterstützung.

Nun galt es auch noch die letzte große Schwierigkeit zu überwinden: Wir hatten kein Geld. Als ehemalige Studenten und Angestellte der Landwirtschaft mit zwei Kindern, ohne reiche Erbtante oder Lotogewinn fehlte uns ein ansehnliches Vermögen. Hier hatte Manfred sich jedoch schon lange Gedanken gemacht und schloss mit uns einen Vertrag der Kommanditgesellschaft ab. Der gesamte Hof mit Inventar wird in die Gesellschaft eingebracht. Mein Mann ist nun Geschäftsführer und wir sind für die kommenden 30 Jahre hauptverantwortlich für den Betrieb. Wir haben unsererseits all unser Ersparnis und alles Geld, das wir auftreiben konnten (hauptsächlich aus dem eigenen Familienkreis), als Investition oder Vermögen in die Gesellschaft eingebracht. Steuerberater und Rechtsanwalt haben uns bei der nervenaufreibenden Ausarbeitung des Vertrages geholfen.

Viel Unterstützung

Uns ist klar geworden: Ohne die finanzielle Unterstützung, Offenheit und Hilfe des Altbauern und des angestellten Meisters sowie vieler Mitmacher(innen) der

Solidarischen Landwirtschaft und ohne den stetigen Austausch mit den ehemaligen Betriebsleitern wäre alles sehr viel schwieriger für uns gewesen. Jetzt sind wir sehr glücklich mit unseren Entscheidungen und darüber, dass wir endlich auch Bauer und Bäuerin sein können!

Ich glaube, dass die Hofübergabe deswegen so gut funktioniert, weil beide Seiten offen waren und bereit zu reden, eigene Vorstellungen zu überdenken und sich auf Neues einzulassen. Und weil das Finanzielle ein gewichtiger Punkt ist, braucht es immer Menschen, die bereit sind, für Jungbauern und die Zukunft eines weiteren Bauernhofes zu investieren.

Marlene Herzog,
Solidarische Bäuerin

Betriebsspiegel

34 ha Grünland
18 ha Ackerfläche (Kartoffeln, Dinkel, Weizen, Hafer, Roggen, Hirse ...),
Getreidereinigung,
1 ha Gemüseanbau (700 qm Folientunnel)
300 Apfelbäume,
20 ha Wald,
8 Mutterkühe mit Nachzucht,
1 Hühnermobil (225) + Hühnerstall (180),
18 Schweine
3 Angestellte + solidarische Helfer(innen)
Hofladen

Die wirtschaftliche Lage der Betriebe

Betrachtungen der Direktzahlungen aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Betriebsformen

Seit der EU-Reform von 1993/1994 haben wir in der Landwirtschaft ein „Kombi-Einkommen“ aus den Erlösen am Markt und den Direktzahlungen der EU, des Bundes und der Bundesländer. So weit, so bekannt.

Neu – und von großer Bedeutung – ist aber die Begründung für die Direktzahlungen der EU. Im Grundsatzdokument der aktuellen „Ciolos-Reform“ ist für Zahlungen der ersten Säule festgelegt: „Aufgabe der Direktzahlungen ist die

Grundsicherung des Jahreseinkommens der EU-Landwirte.“ Es geht also nicht mehr um einen Ausgleich für die Senkung der Erzeugerpreise, nicht mehr um einen Ausgleich für (angeblich) höhere Umweltauflagen für die Landwirtschaft

der EU – es geht um die Grundsicherung des Einkommens der Landwirte! Der Frage, inwieweit diese Aufgabe der Direktzahlungen, eine Grundsicherung zu sein, erfüllt wird, soll im Folgenden prüfend nachgegangen werden.

Tabelle 1: Einkommen und Direktzahlungen je Arbeitskraft

	Haupterwerb									Neben- erwerb	Juristische Personen				Ökologische Landwirtschaft (nur als HE)			
	Acker- bau	Garten- bau	Wein- bau	Obst- bau	Milch	sonst. Futter- bau	Verede- lung	Ge- mischt	Insge- samt		Acker- bau	Futter- bau	Ge- mischt	Insge- samt	Acker- bau	Futter- bau	Ge- mischt	Insge- samt
Einkommen je AK (in Tsd.)	49	24	27	26	40	26	42	32	36	13	59	38	41	44	54	32	28	35
Direktzahlungen je AK (in Tsd.)	24	<1	2	2	16	22	13	18	14	4	30	22	21	21	34	26	26	26

Die Tabelle 1 zeigt überaus deutlich: Sowohl bei den juristischen Personen als auch bei den Haupterwerbsbetrieben insgesamt und den Haupterwerbsbetrieben mit ökologischer Landwirtschaft haben die Ackerbaubetriebe das deutlich höchste Einkommen. Am extremsten ist dieser Einkommensvorsprung bei den Ökobetrieben (in den Vorjahren waren die Unterschiede noch schärfer; der vergleichsweise hohe Milchpreis hat das Einkommen der Futterbaubetriebe diesmal aber deutlich nach oben verschoben). Doch nicht nur das: Die Ackerbaubetriebe erhalten auch jeweils die deutlich höchsten Direktzahlungen!

Die Betriebe mit Sonderkulturen haben ein deutlich unterdurchschnittliches Einkommen. Das wird wesentlich dadurch verursacht, dass sie kaum Direktzahlungen erhalten (sie sind im System „Kombi-Einkommen“ noch nicht angekommen). Ähnliches gilt für die Nebenerwerbsbetriebe.

Das Einkommen je Arbeitskraft (AK) ist bei den „juristischen Personen“ deutlich höher als bei Haupterwerbsbetrieben. Dazu trägt wesentlich bei, dass die von ihnen eingenommenen Direktzahlungen je Arbeitskraft um ca. ein Drittel über dem der Haupterwerbsbetriebe lie-

gen (21.000 gegenüber 15.000 Euro jährlich).

Die Schlussfolgerungen:

Mit der Aufgabe, die „Grundsicherung für das Jahreseinkommen der Landwirte“ sicherzustellen, sind weder die überhöhten Direktzahlungen an die Betriebe in der Rechtsform „juristische Personen“ noch generell an die Ackerbaubetriebe zu rechtfertigen.

Die Ökobetriebe erhalten zwar die höchsten Direktzahlungen je Arbeitskraft, ihr Einkommen ist aber trotzdem niedriger als das Einkommen der Haupterwerbsbetriebe insgesamt.

Einen wichtigen Hinweis gibt der „Bericht über die wirtschaftliche Lage ...“ auch zur Frage, in welchem Umfang die naturbedingt höheren Produktionskosten in den benachteiligten Gebieten durch die „Ausgleichszulage“ aufgefangen werden. In den „sonstigen Gebieten“ fehlen (im Vergleich zu Betrieben in nicht benachteiligten Gebieten) 4.500 Euro, in den Berggebieten sogar 9.000 Euro je Arbeitskraft. Um das angestrebte Ziel – Ausgleich der naturbedingten Bewirtschaftungsergebnisse – zu erreichen, müsste die Ausgleichszulage demnach verdoppelt werden!

Tabelle 2: Einkommen, Direktzahlungen nach Betriebsgröße

	Haupterwerb									Juristische Personen						
	Ackerbau			Milch			Veredelung			Gemischt			<1.000	1.000 -<2.000	2.000 -<3.000	über 3.000
	50-100	100- 250	>250	50-100	100- 250	>250	50-100	100- 250	>250	50-100	100-250	>250	<1.000	1.000 -<2.000	2.000 -<3.000	über 3.000
Einkommen je AK (in Tsd.)	28	45	58	26	40	53	16	29	49	16	29	44	44	40	44	45
Direktzahlungen je AK (in Tsd.)	18	25	24	11	17	24	7	11	15	13	17	20	35	27	22	18

Der „Bericht über die wirtschaftliche Lage“ lässt bei den Haupterwerbsbetrieben und bei den juristischen Personen auch (in einem beschränktem Umfang) Aussagen über die Verteilung der Direktzahlungen nach der Größe der Betriebe zu. Bei den Haupterwerbsbetrieben werden drei, bei den juristischen Personen vier Größenklassen dargestellt (Tabelle 2).

Bei den Haupterwerbsbetrieben steigt das Einkommen je Arbeitskraft mit zunehmender Betriebsgröße sehr deutlich an (Verdoppelung und mehr). „Dieser Einkommensanstieg hat seinen Grund auch darin, dass die Direktzahlungen je Arbeitskraft mit der Betriebsgröße zunehmen.“

Bei den juristischen Personen stellen sich die Verhältnisse anders dar. Während die Einkommen pro Arbeitskraft sich mit steigender Betriebsgröße kaum verändern, verbuchen die „kleineren“ der Großbetriebe besonders hohe Direktzahlungen. Offenbar verbinden sich bei ihnen ein großer Flächenumfang (500 ha) mit besonders wenigen Arbeitskräften (1,2 AK je 100 ha). Die Betriebe mit dem höchsten Standard-Output haben mit fast 2.000 ha zwar viermal so viel Fläche, aber einen doppelt so hohen Arbeitskräftebesatz (2,4 AK je 100 ha).

Die Daten aus dem Bericht der Bundesregierung über „Die wirtschaftliche

Lage ...“ geben einen Hinweis auf die Wirkung der Bindung der Direktzahlungen an die bewirtschaftete Fläche. Noch viel deutlicher werden die Zusammenhänge, wenn man den Zusammenhang zwischen Flächengröße, Direktzahlungen und Arbeitskräften unmittelbar betrachtet. Das ist am besten möglich auf der Grundlage der Agrarstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2010. Aufgrund des Berechnungsmodells der Direktzahlungen steigen diese mit dem Umfang der Fläche. Allerdings gibt es mit der Zunahme der Fläche auch zusätzlich einen sehr starken Anstieg der Direktzahlungen je Arbeitskraft.

Während die zahlenmäßig starke Gruppe der Höfe mit 20 bis <50 ha 8.143 Euro je Arbeitskraft erhält (bei den Ökobetrieben 9.440 Euro/AK) sind es bei den Betrieben mit 1.000 ha und mehr 22.466 Euro je Arbeitskraft (bei den Ökobetrieben sogar 50.226 Euro/AK). Mit einer „Grundsicherung für das Jahreseinkommen der Landwirte“ lässt sich das keinesfalls in Übereinstimmung bringen. Stattdessen erfolgt durch die Bindung der Höhe der Direktzahlungen an den Umfang der Fläche eine extreme Begünstigung der flächenstarken Betriebe.

Onno Poppinga,
em. Professor für Landnutzung und regionale Agrarpolitik

Markushofgemeinschaft

Eine Solidarische Landwirtschaft vor den Toren Heidelbergs

Maisbach, ein kleines Dorf im Kraichgau, Mittelgebirgslage mit leichten bis mittleren Lößböden. Auch in dieser Region haben in den letzten Jahrzehnten die meisten Bauernhöfe ihre Hofstore geschlossen.

Hier ist der Markushof zu Hause, der seit mehreren Generationen von der Familie Schmutz bewirtschaftet wird. Mit rund 50 Hektar und 45 Milchkühen stand auch er lange vor der Frage Wachsen oder Weichen. Von den fünf Kindern wollte nur einer den Hof übernehmen. Markus Schmutz pachtete zuerst den Betrieb seiner Eltern, 1994 konnte er ihn dann ganz übernehmen. Bis dato war der Hof auf Milchvieh und Getreide spezialisiert, doch auch mit der Umstellung auf ökologische Erzeugung war der Betrieb in dieser Größenordnung auf Dauer nicht tragfähig.

Sich gemeinsam für nachhaltige, solidarische Landwirtschaft einsetzen und ökologische Lebensmittel aus der Region beziehen – dies war der treibende Gedanke einer Gruppe von Menschen aus Heidelberg, der im Frühjahr 2011 mit zur Gründung der Initiative für eine Solidarische Landwirtschaft beigetragen hat. Aus der überschaubaren Gruppe der Anfangszeit ist mittlerweile eine Solidargemeinschaft von 176 Mitgliedern geworden.

In der Solidarischen Landwirtschaft (Solawi) schließen sich Verbraucher direkt mit dem Erzeuger zusammen, um Lebensmittel ökologisch, regional, saisonal und in hoher Qualität zu produzieren. Die Gruppe verwaltet, organi-

siert und finanziert eigenverantwortlich zusammen mit den Landwirten den landwirtschaftlichen Betrieb und die Lieferlogistik. Durch die ertragsunabhängige Finanzierung und die Abnahme der gesamten Ernte (auch krummes oder angeschlagenes Obst und Gemüse) werden Überproduktion und Verschwendung vermieden, durch den regionalen und saisonalen Konsum Energieverbrauch für Transporte und Ausbeutung von Natur und Mitarbeitern landwirtschaftlicher Intensivbetriebe in anderen Ländern verhindert.

Auf der Suche nach Erzeugern schaltete die Initiative in Heidelberg Anzeigen in regionalen Zeitungen und lud zu Informationsveranstaltungen ein. Ein Mitarbeiter von Markus Schmutz meldete sich und zeigte Interesse für das Thema. Vom ersten Treffen bis zur Gründung der Markushofgemeinschaft verging ein halbes Jahr. Viel Überzeugungs- und Abstimmungsarbeit war nötig, um dem Landwirt seine anfänglichen Zweifel zu nehmen. Zunächst wollte Markus Schmutz nur die Hälfte des Betriebes für Solawi zur Verfügung stellen, doch bald schon konnte der gesamte Betrieb von der Markushofgemeinschaft getragen werden.

Die Markushofgemeinschaft

Der Markushof liegt 15 km von Heidelberg entfernt. Mit seinen etwa 50 Hektar Fläche kann er bis zu 180 Mitglieder versorgen. Neben etwa 30 verschiedenen Gemüsesorten und Rohmilch produziert der Hof Getreide

Solidarische Landwirtschaft

sich die Ernte teilen

in Form von Körnern, Mehl, Brot und Nudeln sowie Fleisch und Käse. Von den Streuobstwiesen kommen noch Äpfel und selbst gepresster Apfelsaft hinzu.

Die Finanzierung wird über monatliche Beiträge gewährleistet, die einmal jährlich für das neue Haushaltsjahr berechnet und ausgerufen werden. Ganz im Sinne der Solidarität verstehen sich die Beiträge immer als Richtwert und sind nach oben und unten anpassbar. Nach Möglichkeit soll jedem unabhängig von seinen finanziellen Möglichkeiten eine Teilnahme ermöglicht werden. Das Fleisch des Markushofes wird durch eine nahe gelegene Metzgerei verarbeitet, das Brot wird von einer Bäckerei in Wiesloch gebacken und diese stellt auch Nudeln aus eigenem Dinkel her. Die Mitglieder erhalten über's Jahr verteilt über 30 verschiedene Gemüsesorten sowie wöchentlich ca. 1,5 Liter Milch. Alle vier Wochen wird die hofeigene Milch in der Käsemanufaktur Müller in Hockenheim zu Käse verarbeitet. Von der kleinen Apfelplantage bekommt die Markushofgemeinschaft Äpfel und selbst gepressten Apfelsaft je nach Ernte.

Die Verteilung der Erzeugnisse erfolgt in 12 privat organisierten Depots in und um Heidelberg. Das Ganze funktioniert nur durch die freiwillige Mitarbeit der Mitglieder. Alle administrativen und organisatorischen Arbei-

ten, die Verteilung der Lebensmittel und die notwendige Mithilfe auf dem Acker werden von den Mitgliedern erbracht. Es wird von ca. 12 Stunden Mitarbeit im Jahr für jedes Mitglied ausgegangen.

Diese Mitarbeit bietet die Möglichkeit, alle Prozesse der Lebensmittelerzeugung vom Pflanzen über's Unkraut jäten bis zur Ernte und Verteilung der Lebensmittel kennen zu lernen und aktiv mit zu gestalten. In verschiedenen Arbeitsgruppen werden in engem Austausch mit dem Hof einzelne Themen des Projektes behandelt, wie die Finanzen, der Gemüseanbau und Fragen der Kommunikation.

Die Trennung von Produktion und Konsum wird überwunden: ein Grundsatz der Solidarischen Landwirtschaft.

Die Beziehung zwischen dem Hof und der Gemeinschaft sowie innerhalb der Gemeinschaft beruht auf Vertrauen und nicht auf Verträgen. Jedes Mitglied übernimmt für sich die Verantwortung, den Hof und die Gemeinschaft zu unterstützen. Als eine schwere Operation den Landwirt für längere Zeit von seiner Arbeit fern hielt, konnte die Markushofgemeinschaft sich auch in einer Krisensituation bewähren:

*Stephanie Wild,
Solidarische Landwirtschaft e.V.*

<http://www.solawi-rhein-neckar.org>



Pflegemaßnahmen gemeinsam durchführen.

Foto: SoLaWi

Betriebsspiegel Markushof:

38 ha Acker, 8 ha Grünland
25 Milchkühe plus Nachzucht,
2 ha Feldgemüseanbau; Streuobstwiese
1 Betriebsleiter; 2 angestellte Landwirte

Erzeugnisse:
Getreide; Mehl, Brot
30 verschiedene Gemüsesorten
Apfelsaft; Milch, Käse; Fleisch

Bohnen mit dem Düngerstreuer

Als 14-Jähriger hat Reinhard Nagel in der Landwirtschaft zu lernen begonnen und mit 61 noch lange nicht aufgehört

In Nordhessen ganz in der Nähe des Edersees liegt der Milchviehbetrieb von Reinhard Nagel. Dass die Milchkühe nicht immer die vorherrschende Tierart auf dem Hof waren, erzählt Reinhard Nagel gleich zu Beginn des Besuchs. „Früher waren wir im Ort der Schweine-Nagel.“ Damals allerdings lag der Fachwerkhof noch im Ort. Ein Feuer im Wirtschaftstrakt und das Verbot, erneut in der flutgefährdeten Lage zu bauen, zwang die Familie zum Ausiedeln auf eine nahe gelegene Fläche. Rund um die damals entstandenen Gebäude sind im Laufe der Jahrzehnte zahlreiche An- und Neubauten entstanden. Der Hof ist gewachsen, hat sich entwickelt. Einst war es die modernste Technik: ein Heuturm und ein Gärfuttersilo mit Untenentnahme. „Während der Heuturm tolles Futter garantierte, hat die Silofräse nie zuverlässig funktioniert“, erinnert sich Nagel, der als 14-jähriger Junge in den elterlichen Betrieb einstieg, um den erkrankten Vater zu ersetzen. Gelernt hat er auf dem elterlichen Betrieb, in so genannter Eigenlehre. Mit 18 wurde er Betriebsleiter.

Der moderne Hof

Dass es nicht immer leicht ist mit der neuesten Technik, hat Nagel auch bei der Aufstallung seiner Kühe erfahren. Das Prinzip Gülle war damals neu und dementsprechend steckte die Technik von Güllefass und Güllerpumpen noch in den Anfängen. Kein Vergleich zu den heutigen Rohrdurchmessern, Materialstärken und Pumpgeschwindigkeiten. Auch das Wachstum begleitete den Betrieb über die Jahre. 1979 wurde ein zusätzlicher Stall für Jungvieh und Bullenmast gebaut, obwohl die Kredite für die Ausiedelung erst zur Hälfte getilgt waren.

Immer mehr Milch gaben die Kühe. Mehr Kraftfutter wurde zugekauft, gleichzeitig stiegen leider auch die Tierarztkosten. „Die oberen 2.000 Liter gehören sowieso mir“, hat der Tierarzt mal gesagt“, erzählt Nagel. Das habe ihn nachdenklich gemacht. Weitere Punkte kamen dazu. Die geschlossene Deklaration beim Kraftfutter hat ihn gestört. Die immer weiter zunehmende Abhängigkeit ließ den Milchbauern zum Suchenden nach anderen Wegen und Strukturen werden. Ende der achtziger Jahre kamen die ersten Annäherungen an den Biolandbau. Mit der Gründung des Dinkelvereins und ersten eigenen Anbauversuchen wurden eine Richtungsentscheidung für den Betrieb

eingeleitet. In den kommenden Jahren folgte der Umbau von der Anbindehaltung zum Laufstall mit Melkstand, bevor der Betrieb Anfang der neunziger Jahre komplett auf ökologischen Landbau umgestellt wurde.

Der Ackerbauer

Heute liefert Reinhard Nagel seine Milch an die Upländer Bauernmolke- rei, die er 1996 mitbegründete. Über die Jahre hat sich der Schwerpunkt des Betriebs zunehmend Richtung Ackerbau verlagert. „Vom Schweine-Nagel bin ich über den Milchvieh-Nagel zum Ackerbauern geworden“, fasst er seinen Werdegang kurz zusammen. Möglich war das nur, weil er fortwährend auch nach neuen Flächen Ausschau hielt. Heute bewirtschaftet der Hof 206 ha, davon 31 ha Eigentum. Oftmals hat Nagel die Stücke genommen, die sonst keiner wollte, geringe Bodenpunkte, Schrägen, weit ab. Auch der Ökolandbau hat es nicht immer leicht gemacht, neue Flächen zu bekommen. Zu groß die Skepsis vieler Verpächter. Zuletzt allerdings hat sich auch dieses Bild gedreht. In Konkurrenz zur Biogasanlage im Nachbarort haben die Argumente des Ökolandbaus, einer nachhaltigen Bewirtschaftung mit Humusaufbau, dazu geführt, dass die Flächen bei Nagel blieben, obwohl sein Gebot niedriger war.

Nicht wenden – mischen

Auf den heute bewirtschafteten knapp 150 ha Ackerland werden neben Dinkel, Hafer und Roggen auch Ackerbohnen, Erbsen und Klee gras angebaut. Nach ersten vorsichtigen Versuchen verzichtet Nagel seit fünf Jahren auf den Pflug. Flach wenden in mehreren Durchgängen, sich zentimeterweise tiefer arbeiten und dabei immer im Winkel zur vorherigen Spur. Die Maschine, die Nagel hierfür nutzt, heißt Dyna-Drive. Der Aufbau ist einfach. Einer vorderen großen Welle mit einem Durchmesser von ca. 50 cm und vielen kleinen Spaten ähnlich der Spatenrolle folgt eine kleinere mit gleichem Aufbau. Beide sind durch eine Kette verbunden. Die über den Boden angetriebene erste Welle sorgt für die schnellere Drehung der dahinter liegenden kleineren. Das Ergebnis ist eine flache, feinkrümelige Bearbeitung, die vor allem die Lichtkeimer zum Auflaufen bringt. Mit dem Flügelschargrubber wird später bis zu 15 cm tief gelockert und gemischt.



Dinkelanbau bei Reinhard Nagel in Nordhessen

Foto: Nürnberger

Aus der Not heraus geboren und einer kaputten Sämaschine zu verdanken hat Reinhard Nagel seine Anbaumethode für Ackerbohnen in Breitsaat. Diese bringt er auf 15 Meter Arbeitsbreite, wie auch seinen Dinkel, mit einem Düngerstreuer aus. Die Einarbeitung erfolgt dann in den kommenden Tagen mit dem Grubber. Die aufwändige Technik für Säen und Hacken der Bohnen entfällt so. Stattdessen sät Nagel auf die Bohnen Hafer. „Durch die Sämaschine bekommen die Bohnen einen Striegelstrich.“ In das Hafer-Bohnen-Gemenge wird anschließend noch mit dem Breitstreuer Klee gras eingesät und alles angewalzt. In Zeiten der Präzisionslandwirtschaft, in der die Landmaschinen ihr Saatgut bei Abstand und Tiefe zentimetergenau ablegen, um einen optimalen Feldaufgang zu erzielen, möchte man solchen Saatmethoden wenig Vertrauen entgegenbringen. Die Felder allerdings zeigen den Erfolg. Ein gleichmäßiger Bestand an Bohnen und Hafer und gleichzeitig eine Klee grasunter Saat für's kommende Jahr.

Stickstoffsammler

Die Leguminosen sind wichtig auf dem Biohof Nagel. Klee, Bohne und Erbse sind das Lebenselixier nicht nur des Bodens. „Sie sind auch mein Lebenselixier“, erzählt Reinhard Nagel. Mindestens einmal pro Jahr mulcht er sein Klee gras, damit die Würmer im Boden was zum Fressen haben. Im Sommer frisch gemäht oder im Winter als Silo ist Klee gras das Kuhfutter

im Betrieb. Auf Kraftfutter jeglicher Art wird bewusst verzichtet.

Nicht die Leistung allein steht bei den Tieren im Blickpunkt, sondern mindestens gleichberechtigt auch deren Gesundheit und Wohlbefinden. Täglicher Weidegang und ein Bett aus Stroh und Dinkelspelz sind neben frischem Futter die Wohlfühlkomponenten für die 70 Kühe. Die Kälber bleiben die ersten Wochen bei ihren Müttern, die auch gemolken werden. Danach bekommen die Kälber eine altmelkende oder hochtragende Kuh zur Amme, um Trennungsschmerz erst gar nicht aufkommen zu lassen. Mit vier bis fünf Laktationen liegt der Altersdurchschnitt im Betrieb Nagel deutlich über dem Landeswert von 2,1. Durch den Wechsel von Schwarzbunt zu Fleckvieh erzielen die Kälber gute Erlöse. Die Nachzucht beschränkt sich aufgrund der langen Lebenszeit auf wenige Tiere.

Und die Zukunft

Zwei Söhne hat Reinhard Nagel. Beide mögen die Landwirtschaft, arbeiten derzeit aber nicht permanent auf dem Hof. Ob einer oder beide den Hof weiterführen? „Ich hoffe schon“, sagt ihr Vater, „auch wenn ich mir nicht vorstellen kann, dass sie weiter Kühe melken werden.“ Dass es weiterhin Tiere auf dem Hof gibt, das gehört für Reinhard Nagel zum Verständnis des Biolandbaus. Die Leguminose und die Kuh bilden für ihn die Garanten für einen gesunden Boden. Das Lebenselixier von Bauer und Hof.

Af von Hoff

Runter vom Hof

Runter vom Hof – nicht etwa eine politische Kehrtwende der jAbL, sondern die Erkenntnis, wie viel das Verlassen des eigenen Hofes für ein Wochenende, der Blick über den Tellerrand, der Austausch mit Gleich- und Ungleichgesinnten für die eigene Wahrnehmung und Entwicklung bedeuten.

Der Einladung zur jAbL-Sommertagung in Steinfeld, die über die Bauernstimme sogar nach Haiti vorgedrungen war, waren 15 junge Bäuerinnen und Bauern, Studenten und Studentinnen und Interessierte an solidarischer und nachhaltiger Landwirtschaft gefolgt. Schnell wuchs unsere Gruppe zusammen und wir beschäftigten uns in angenehmer Atmosphäre mit einem breiten Spektrum an Themen. Der Frage „Was bedeutet Verantwortung für den Boden?“ näherten wir uns in einer abgewandelten Fishbowl-Diskussion, die jedem Zuhörer die Möglichkeit bietet, aktiv mitzudiskutieren. Mit Stefan Decke (BioBoden Genossenschaft) und Dr. Conrad Wiermann (LWK SH) als Gästen sprachen wir unter anderem darüber, dass es gilt, das Bewusstsein für den Boden weiter zu stärken. Vermeintliche ökonomische Zwänge müssten in den Hintergrund rücken angesichts der Tatsache, dass auch in Schleswig-Holstein vielerorts schon Ernterückgänge durch ausgelaugte Böden verzeichnet werden. Es braucht dringend wieder langfristiges Denken mit einem Fokus auf der Lebendigkeit des Bodens, so ein Fazit. Auch der Ökolandbau kann von dieser Kritik nicht pauschal ausgenommen werden. Ilona Koglin (Whoopee-Connections)

begleitete uns zwei Tage lang durch die Tagung. Ihre Aufgaben für die ganze und die geteilte Gruppe ermöglichten es, sich dem Thema Kommunikation und Entscheidungsfindung auf unverknapfte Weise zu nähern. Es drehte sich um den Einzelnen als Teil der Gemeinschaft und das Bestreben, Konflikte konstruktiv zu nutzen. Wolfgang Stränz (Buschberghof) brachte uns einige Aspekte der Solidarischen Landwirtschaft näher. Ein Ansatz, um Lebensmitteln den Preis zu nehmen und den Wert zurück zu geben ...?! In

einem weiteren Workshop beschäftigten wir uns mit Bodenpolitik und -verteilung. Landgrabbing, das sich keinesfalls nur im globalen Süden, sondern auch in Deutschland abspielt, und Landwirtschaft im Zusammenhang mit Klimawandel sind Themen, die wir weiterhin kritisch bearbeiten werden. Für die Praxis nachhaltiger Bodenbewirtschaftung begeisterte uns Dieter Pansegrau (Gärtner) anhand vieler Beispiele vom Wurzelhof.

Mit ganz vielen Ideen ging es dann wieder „af von Hoff“ und einige Ge-

danken werden sicherlich reifen und weiter gesät werden!

Danke an die AbL, die Zukunftsstiftung Landwirtschaft und die Ländliche Erwachsenenbildung, die uns durch ihre finanzielle Unterstützung diese Tagung ermöglicht haben sowie für die vielen großzügigen Lebensmittelpenden aus der Region.

Mareike Artlich,
junge AbL



Rauf auf den Hof von Lars Hadenfeld im schleswig-holsteinischen Steinfeld zog es die jAbL für ihre Sommertagung

Foto: Artlich

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit - 22,00 € 2014 Schwerpunkt: Tiere in der Landwirtschaft- 10,00 €
weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. www.bauernstimme.de

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

nach Erhalt der Rechnung

per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste 2015:

www.bauernstimme.de/unabhaengige-bauernstimme/anzeigen.

Anzeigen und Chiffrezuschriften bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,

Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Juli/August ist der 19. Juli 2015.**

Hof und Arbeit

• **Bio-Betrieb (Milchvieh und Ackerbau)** sucht ab sofort bis Januar 2016 eine(n) motivierte(n) Mitarbeiter(in) mit Teamgeist und Freude am Vieh zur Betreuung unserer 70 Kühe plus Nachzucht. Eine Wohnmöglichkeit ist auf dem Betrieb vorhanden.
Kontakt: Lindenhof@arcormail.de

• **Hofnachfolge für 120 ha Ackerbau** evtl. zusätzlich mit Nebenbetrieb Pferdehaltung gesucht. Der Betrieb mit arrondierten Flächen und modernen Gebäuden wird z.Zt. ökologisch bewirtschaftet. ☎ 0511-2285312

Tiermarkt

• **Verkaufe** laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Preiswert europaweite Transporte!
www.spedition-klaus-rundt.de
www.rundt-holz-pellets-briketts.de
Spedition@Klausrundt.de
☎ 04188/89 30-0

Grundstücke für Windenergieanlagen gesucht!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Düsseldorf, Kassel, Potsdam, Viöl
T. 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de www.wpd.de



Veranstaltung der GRÜNEN Fraktion im Landtag NRW

Regionale Schlachtbetriebe in NRW - die Vorteile einer dezentralen Struktur

19. Juni 2015, 16 - 20 Uhr im Landtag NRW in Düsseldorf

Neben der Frage „Unter welchen Bedingungen wurde das Tier gehalten?“ rückt zunehmend die Frage „Woher kommt das Stück Fleisch?“ in den Fokus der Aufmerksamkeit der VerbraucherInnen.

Doch warum verschwinden immer mehr kleine und mittelständische Betriebe der Schlachtbranche? Und was müssen wir tun, um diesen Betrieben eine langfristige Perspektive zu bieten?

Die GRÜNE Fraktion lädt hierzu zu einem Fachgespräch ein.

Das ausführliche Programm finden Sie hier:
www.http://gruene.fr/h4
Anmeldung: stefan.schweers@landtag.nrw.de
Telefon: 0211 - 884 2659



LEGUMINOSEN AUSGESÄT, UND DANN...

Stellen Sie Ihre erwartete oder reale Erntemenge unverbindlich in die Warenbörse ein!

Wir unterstützen Sie bei der Vermarktung! Nehmen Sie Kontakt mit uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

☎ 05507 964 464 0

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Veranstaltungen

Kohlegespräche

07.06. Hamburg, 16.06. Leipzig, 08. & 09.06. Aachen,

17.06. Augsburg, 18.06. Mainz
Degrowth lädt zu Gesprächsrunden und Austausch über Klimawandel, Kohletagebau und Massenbewegung gegen Kohle.

Veranstaltungsorte und weitere Informationen: www.degrowth.de

Klimafreundlicher Anbau

10.06.2015, Dortmund, 10-16 Uhr
Bioland Feldtag zum Thema: Klimafreundliche Anbaumethoden im Praxistest. Wir werden an diesem Feldtag Optionen einer

klimafreundlichen, ökologischen Wirtschaftsweise aber auch deren Grenzen und Probleme aufzeigen.

Ort: Kornkammer Haus-Holte, Harpener Hellweg 377, 44388 Dortmund-Lütgendortmund, (ab 10 Uhr) / Witten Gederfeldweg 37, 58453 Witten (ab 13 Uhr). Anmeldung Tel.: 02385-93540, brigitte.thunke-ebe@bioland.de

Patente Tagung

17.06.2015, Berlin, 10 - 17 Uhr
Schöne neue Gentechnik, Patente auf Leben und der Schutz von Tier und Mensch. Vor dem Hintergrund neuer technischer Möglichkeiten zur radikalen Ver-

änderung des Erbgutes stellen wir die Frage nach den ethischen und rechtlichen Grenzen und der Verantwortung von Politik, Wissenschaftlern und Investoren.

Veranstalter: Testbiotc Ort: Heinrich Böll Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

TTIP

18.06.2015, München, 19.00 Uhr
Podiumsdiskussions zum Freihandelsabkommen mit Gertraud Gafus als Podiumsteilnehmerin.

Veranstalter: ÖDP, Ort: Amerikahaus, Karolinenplatz 3, 80333 München

Mähen mit der Sense

20.06.2015, Rosenfeld, 8.30 Uhr
In unserem Kurs lernen die Teilnehmenden, mit der Sense preiswert, ohren-, nachbarschafts- und umweltschonend ihre Wiese im Garten auf dem Obstbaumgrundstück oder im Kindergarten zu mähen. Sensen zum Kurs werden gestellt. Eigene Sensen können zur Begutachtung bzw. zum Mähen mit gebracht werden.

Ort: Fischermühle 7, 72348 Rosenfeld, Anmeldung: Tel.: 07428/94524924, carmen.diessner@mellifera.de, Kosten: 70,-€ inkl. Brotzeit und Getränke

Regionalvermarktung

25.-26.06.2015, Dorfen
Tagung zur Professionalisierung und Unterstützung von Regionalinitiativen bei der Vermarktung ihrer Produkte. Drei Initiativen vor Ort werden untersucht. Ziel ist es, die Initiativen hinsichtlich ihrer Organisationsstruktur und Logistik bis hin zur Produkt-, Qualitäts- und Preispolitik sowie die Vermarktung zu analysieren, um voneinander zu lernen, Verbesserungspotenziale aufzuzeigen und neue Impulse zur Weiterentwicklung der Regionalvermarktung zu erhalten.

Anmeldung und Information: www.regionalbewegung.de

2Grad - Festival

26.-27.06.2015, Detmold
Im November 2015 findet in Paris die nächste Weltklimakonferenz statt. Um alle zu mobilisieren und für das Thema Klimaschutz zu begeistern machen wir wieder ein Festival!

Ort: Bioland-Bergwiesenhof Allhoff-Cramer, Barntruperstr.260, 32758 Detmold, Programm und weitere Informationen: www.2grad-festival.de

Vielfalt erleben

04.07.2015, Echzell, 10 Uhr
Ökozüchter/innen präsentieren auf Führungen durch die Zuchtgärten ihre Sorten, ihre Motive und ihre Ziele.

Veranstalter: Zukunftsstiftung Landwirtschaft. Anmeldung: Annika Bromberg, Tel. 0234-5797-5153, annika.bromberg@gls-treuhand.de, Tagungsbeitrag 35,- €, www.saatgutfonds.de

„Fast 100 Tage ohne Quote“
15.06.2015, Westerstede, 20.00 Uhr

Podiumsdiskussion mit folgenden Gästen:
Landwirtschaftsminister Christian Meyer, Dr. Sascha Weber (Thünen-Institut), Jan Heusmann (Landesvereinigung Milchwirtschaft e.V.), Romuald Schaber (BDM-Vorsitzender), Ottmar Ilchmann (ABL-Vorsitzender Niedersachsen)
Ort: Heinemann's Gasthaus, Liebfrauenstraße 13, 26655 Westerstede

Agrar Tagung
26. - 28.06.2015, Hofgeismar

Landwirtschaft jenseits von „Wachsen oder Weichen“

Die ökologischen Grenzen der Erde werden immer deutlicher. Wachstum wird als Wohlstandsindikator zunehmend hinterfragt. Was kann all dies für die Landwirtschaft bedeuten?
Vorträge, Workshops und Podiumsdiskussion mit namhaften Referenten aus Wissenschaft und Praxis.

Ort: Evangelische Tagungsstätte, 34369 Hofgeismar
Tagungsbeitrag: 50,-€ zzgl. Übernachtung und Verpflegung
Anmeldung und weitere Informationen: www.akademie-hofgeismar.de oder Tel.: 05671 - 88 11 22

Das Projekt „Vom Acker in den Futtertrog“ veranstaltet in Kooperation mit den Projekten „Sojanetzwerk und Lupinennetzwerk“ NRW (LWK NRW) folgende Feldtage:

17.06.2015: bei Ludger Strottdrees, 33428 Harsewinkel
25.06.2015: bei Benedikt Sprenker, 59269 Beckum und Rudolf Hoberg, 59329 Wadersloh-Liesborn

Dr. Luiz F.P. Massucati ABL-NRW e.V.
„Vom Acker in den Futtertrog - Zukunftsweisende Eiweißfuttermittelversorgung für NRW“, Tel.: 02381 9053170, [email: massucati@abl-ev.de](mailto:massucati@abl-ev.de)
www.vom-acker-in-den-futtertrog.de

Das Projekt "Vom Acker in den Futtertrog" wird gefördert durch die

Eiweißfutter aus Niedersachsen – Feldtage 2015

11.06. 10:00 – 14:30 Uhr, Bakenhuser Esch 8, 26197 Großenkneten
Schweinemast: Heiner Schürmann und Gustav Wolters (Biohof Bakenhus)
Kulturen: Futtererbsen, Ackerbohnen, blaue Lupinen, Wick-Roggen
Fachvortrag: Körnerleguminosen in der Monogastridenfütterung

25.06. 10:00 – 15:00 Uhr, Hörne West 46, 21730 Hörne
Marktfruchtbetriebe: Karsten Halter und Kuno von Zedlitz (bio)
Kultur: Ackerbohnen
Fachvortrag: „Ackerbohnen: (k)eine Intensivkultur?“

02.07. 10:00 – 14:00 Uhr, Wenzinger Str. 16, 29699 Wenzingen
Ralph Wildung (Bioland), Legehennen, Direktvermarktung
Kulturen: Lupinen, Ackerbohne
Fachvortrag: „Herausforderungen und Ansprüche der Geflügelfütterung mit heimischen Leguminosen“

Alle Feldtage inkl. Fachvortrag und Mittagessen und Vorführung der eingesetzten Technik.
Kontakt: Tel.: 05507 - 964 464 0
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

Termine

Weitere Termine, Treffen und Stammtische unter:
www.abl-ev.de/termine
und auf den Homepages der Landesverbände!

Dieter Voegelin

Nach längerer Krankheit ist Dieter Voegelin am 20. Mai kurz vor seinem 74. Geburtstag verstorben. Dieter war ein sehr frühes und sehr aktives Mitglied der Abl. Nach dem Studium der Landwirtschaft in Kiel und nach einer Arbeit als Entwicklungshelfer war er in einem Beratungsring in Niedersachsen tätig; Schwerpunkte waren Buchführung und Steuerrecht. Im Jahre 1985 wechselte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an die Gesamthochschule Kassel und war ein Mitbegründer unserer „AG ländliche Entwicklung“. Neben ökonomischen Fragestellungen schob sich bei ihm immer stärker das Thema Landwirtschaft und Energieerzeugung in den Vordergrund. Für mehrere Jahre war er (ehrenamtlicher) Geschäftsführer eines Verbandes, der sich für die Gewinnung von Treibstoffen aus Raps und für deren Nutzung in PKW- und Schleppermotoren einsetzte. Dieter war über Jahrzehnte aktiv im Rahmen der Abl in Hessen, er war ein regelmäßiger Besucher der Jahresversammlungen und er war auf Bundesebene mehrere Jahre als Kassenprüfer des Verbandes tätig. Mit besonderem Einsatz hat er Anfang der 90er Jahre den Vorschlag unterstützt, den Kritischen Agrarbericht zu begründen. Der Ansatz, den KAB als Teil eines kritischen Bündnisses zu verstehen und nicht als eine rein landwirtschaftliche Veranstaltung, geht wesentlich auf Dieter zurück.

Onno Poppinga



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Ansprechpartner Sprecherrat

Andrea Kraus, Tel. 0177 439 1708, and.rea.kraus@gmx.de; Jan Wendel, Tel. 0152 28545399, dschahn@gmx.de; Florian Gleißner, Tel. 0152-02610448, florian.gleissner@domaene-fredenburg.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnids: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Ernst Steenzen, Tel. 04482-660, steenzen@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein,

Tel.: 0152/54298307; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler; Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel. 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: 05542-500267, Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmech; Tel.: 07553-7529, a.schmech@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und

0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Gertraud

Gafus, Tel. 08656-393

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-

304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Walter Mauk, Tel. 08179-33

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel

Tel. 09090-5791396, adelguetl@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner,

0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,

Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Volkmar Voigt, Tel: 036694/36250, volkmarvoigt@web.de; Frank Neumann, Tel:

036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497,

mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
 Claudia Schievelbein: 02381-492289
 Christine Weißenberg: 02381-492210
 FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: Lensing Druck Gruppe, Harkortstraße 6, 48163 Münster

ABL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
 Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Eiweißpflanzenprojekt: „Vom Acker in den Futtertrog“:
 Luiz Massucati, Tel: 02381/9053170, massucati@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
 Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

ABL Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der Abl werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 101,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 136,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Rentner, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 46,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 71,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____
 Straße: _____
 PLZ, Wohnort (Landkreis): _____
 Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: _____ Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____
 BIC: _____
 IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abl weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Schichttorte oder Marmorkuchen mit Löchern?

Neugestaltung der Hofabgabeklausel:

Beim koalitionsinternen Streit um die Neugestaltung der Hofabgabeklausel ging es um zwei Modelle. Von der SPD ursprünglich präferiert wurde die Einführung einer 10 %-Abschlagsrente für alle Landwirte, die die Hofabgabeverpflichtung nicht erfüllen können oder wollen. Dieses Modell knüpft an den 10 %-Abstand beim Beitrag zwischen gesetzlicher Rentenversicherung und Alterssicherung der Landwirte (AdL) an und wurde vom Thünen-Institut vorgeschlagen. CDU und CSU haben das Abschlagsmodell aber als „faktische Abschaffung der Hofabgabeklausel“ abgelehnt und sich für kleinere Korrekturen ausgesprochen. Jetzt hat sich die Koalition entschieden: Anstelle der Abschlagsrente kommt ein Bündel verschiedener Maßnahmen, um soziale Härten der Abschlagsregelung abzumildern. Vorgesehen sind eine Erhöhung des zulässigen Rückbehalts, die Einführung von Rentenzuschlägen bei späterer Inanspruchnahme der Rente sowie erweiterte Optionen bei der Ehegattenabgabe und der Abgabe in Gemeinschaftsunternehmen. Zusammengenommen werden durch diese Maßnahmen die Spielräume für nicht abgabewillige Landwirte deutlich vergrößert. Gleichwohl sind Zweifel angebracht, ob man sich für das richtige Modell entschieden hat.

spruch auf Schokoladenplatte oder Marzipandeecke. Da es sich dabei nicht um eine Leistung der Sozialversicherung, sondern um eine strukturpolitische Fördermaßnahme handelt, ist dies nicht aus Beiträgen, sondern aus Bundesmitteln zu finanzieren.

Marmorkuchen

Anstelle der Schichttorte hat sich die Große Koalition dafür entschieden, das bereits bestehende Modell Marmorkuchen weiterzuentwickeln. Beim Modell Marmorkuchen sind soziale Absicherung und agrarstrukturelle Steuerung zwar farblich unter-

auch neue Ungleichbehandlungen erzeugt. Das Modell Marmorkuchen stößt mittlerweile an strukturelle Grenzen. Jede weitere Abgabeoption bringt Erleichterungen für bestimmte Gruppen von AdL-Versicherten und mindert so den Druck, der auf der Hofabgabevorschrift lastet. Diese Löcher schwächen aber zugleich die agrarstrukturelle Steuerungsfunktion der Regelung und schaffen neben Gewinnern, denen die Neuregelung ein Schlupfloch schafft, auch Verlierer, denen dies weiterhin nicht gelingt. Jüngstes Beispiel: Die geplante weitere Erleichterung der Abgabe unter Ehegatten wird viele Betriebsleiter auslaufender Betriebe, deren Ehegatten sich von der AdL befreien ließen (das sind 2/3 aller Ehegatten), erfreuen, weil weitergewirtschaftet werden kann, ohne von der Hofabgabeklausel behindert zu werden. Alleinstehende Landwirte werden sich hingegen darüber ärgern, dass sie nicht davon profitieren können. Ungleichbehandlungen nach Familienstand sind aber durch das eigentliche Ziel der Neugestaltung, die soziale Absicherung insbesondere der Inhaber kleiner, auslaufender Betriebe zu verbessern, nicht gedeckt – und sie torpedieren die Akzeptanz der Neuregelung.

Das Modell löchriger Marmorkuchen kann folgendes Grund-Dilemma nicht auflösen: Ist die Gruppe der „Gewinner“ groß, wird die Hofabgabeklausel agrarstrukturell quasi unwirksam gemacht. Bleibt die Gruppe der „Verlierer“ dagegen groß und die Hofabgabeklausel als Sanktions-/ Anreizinstrument intakt, werden die sehr grundsätzlich formulierten und vehement vorgetragenen Proteste weitergehen. Mit dem Modell Abschlagsrente oder Schichttorte hätte es daher eher gelingen können, ein wesentliches Ziel der Neugestaltung zu erreichen: die Diskussion zu befrieden und die häufig emotional und grundsätzlich geführte Kontroverse, die letztlich dem eigenständigen System der agrarsozialen Sicherung schadet, zu beenden.

Dr. Peter Mehl,
 Thünen-Institut für Ländliche Räume,
 Sozialpolitik im Agrarbereich



Löchrig wie ein Schweizer Käse

Foto:Michaela Schmidt-Meier/pixelio

Schichttorte

Man kann das Modell der Abschlagsrente als eine Torte mit zwei Schichten beschreiben, die leicht zu trennen sind: Sie besteht aus einem Grundbelag, auf den eine Schokoladenplatte oder eine Marzipandeecke obendrauf kommt. Die erste, dickere Schicht dient der sozialen Absicherung: Alle, die die sozialrechtlichen Leistungsvoraussetzungen in der Alterssicherung der Landwirte erfüllen (15 Jahre Beitragszeit, Rentenalter), haben darauf Anspruch. Die obere, dünnere Schicht dient dagegen der agrarstrukturellen Förderung. Nur die angehenden Altenteiler, die die Hofabgabe – und zwar am besten im eigentumsrechtlichen Sinn der vorweggenommenen Erbfolge – nachweisen, erhalten diesen zusätzlichen An-

scheidbar, sie sind aber im Unterschied zur Schichttorte untrennbar ineinander verwoben. Das Modell Marmorkuchen hat jedoch seit 1995 große Löcher bekommen. In die Hofabgaberegulungen wurden ständig neue Ausnahmeregelungen eingefügt, zuletzt erst 2012 im Neuordnungsgesetz zur Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV; heute Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG)). Die schwarze Marmorierung des Kuchens wurde gleichsam ausgehöhlt und dieser ähnelt mehr und mehr einem Schweizer Käse. Mit der jetzt in Aussicht genommenen Neugestaltung werden diese Schlupflöcher erheblich vergrößert, zugleich aber

unabhängige Bauernstimme: alles Andere als Käse

06/2015

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.